Nr. 104. Halle (Saale), Donnerstag, den 4. Mai 1916. 27. Jahrg.

Das Volksblatt erscheint jeden Werktag mehrmalig. Preis monatlich

Bezugspreis beträgt 60 Pf. frei ins Haus. Durch die Post 70 Pf. aber vierteljährlich Mk. 2,10 ohne Bestellgeld.

„Die Neue Welt" (wöchentlich erscheinende Unterhaltungs-Beilage) kostet monatlich 10 Pfg.

Schriftleitung: Harz 40/44. Fernsprech. 1045 Sprechstunde: werktags von 12—1 Uhr mittags.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Die Anzeigengebühr beträgt für die 46 mm breite Kolonelzeile od. deren Raum 20 Pf., für auswärtige Anzeigen 25 Pf., Anzeigen unter Text (90 mm breite Reklamezeile) 75 Pf.

Anzeigen für die nächste Ausgabe sind bis morgens 10 Uhr in der Geschäftsstelle oder bis 9 Uhr in den Filialen aufzugeben. (Größere Anzeigen möglichst am Tage vorher).

Hauptgeschäftsstelle: Harz 42/44. Fernsprecher 1047 Geöffnet: werktags ununterbrochen v. 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Deutscher Heeresbericht.

Großes Hauptquartier, 4. Mai 1916. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Im Abschnitte zwischen Armentières und Arras herrschte stellenweise rege Gefechtstätigkeit. Der Minenkampf war nordwestlich von Lens, bei Souchez und Neuville besonders lebhaft. Nordwestlich von Lens scheiterte ein im Anschluß an Sprengungen versuchter englischer Vorstoß.

Im Maas-Gebiet erreichte das beiderseitige Artilleriefeuer am Tage zeitweise große Heftigkeit, zu der es auch nachts mehrfach anschwoll. Ein französischer Angriff gegen unsere Stellungen auf dem von der Höhe Toter Mann nach Westen abfallenden Rücken wurde abgewiesen. Am Südwesthange dieses Rückens hat der Feind in einer vorgeschobenen Postenstellung Fuß gefaßt.

Von mehreren feindlichen Flugzeugen, die heute in der Frühe auf Ostende Bomben abgeworfen, aber nur den Garten des Königlichen Schlosses getroffen haben, ist einer im Luftkampfe bei Middelkerke abgeschossen. Der Insasse, ein französischer Offizier, ist tot. Westlich von Liebin stürzten zwei feindliche Flugzeuge im Feuer unserer Abwehrgeschütze und Maschinengewehre ab. In der Gegend der Feste Vaux wurden zwei französische Doppeldecker durch unsere Flieger außer Gefecht gesetzt.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

An der Front ist die Lage im allgemeinen unverändert. Unsere Luftschiffe haben die Bahnanlagen an der Strecke Molodetschno—Minsk und den Bahnkreuzungspunkt Lunintec nordöstlich von Pinsk mit beobachtetem Erfolg angegriffen.

Neue Luftschiffangriffe.

Berlin, 4. Mai. (W. T. B.) Ein Marineluftschiff-Geschwader hat in der Nacht vom 2. zum 3. Mai den mittleren und nördlichen Teil der englischen Ostküste angegriffen und dabei Ankerlen, Hochöfen und Bahnanlagen bei Middlesborough und Stockton, Industrieanlagen bei Sunderland, den befestigten Küstenplatz Hartlepool, Küstenbatterien südlich des Tees-Flusses sowie englische Kriegsschiffe am Eingange zum Firth of Forth ausgiebig und mit sichtbar gutem Erfolge mit Bomben belegt. Alle Luftschiffe sind trotz heftiger Beschießung in ihre Heimathäfen zurückgekehrt bis auf L 20, das infolge starken südlichen Windes nach Norden abtrieb, in Seenot geriet und bei Stavanger verloren ging. Die gesamte Besatzung ist gerettet. — Am 3. Mai nachmittags griff eines unserer Marineflugzeuge eine englische Küstenbatterie bei Sandwich südlich der Themse-Mündung sowie eine Flugstation westlich Deal mit Erfolg an.

Auch in der Ostsee war die Tätigkeit unserer Marineflieger lebhaft. Ein Geschwader von Wasserflugzeugen belegte erneut das russische Linienschiff Slawa und ein feindliches Unterseeboot im Moonsund mit Bomben und erzielte Treffer. — Ein feindlicher Luftangriff auf unsere Küstenstation Fissen hat keinerlei militärischen Schaden angerichtet.

Eines unserer Unterseeboote hat am 30. April vor der flandrischen Küste ein englisches Flugzeug heruntergeschossen, dessen Insassen von einem feindlichen Zerstörer aufgenommen wurden. Chef des Admiralstabes.

•

Ein revolutionäres Attentat in Moskau. Aus Moskau wird dem Tag über Stockholm berichtet: Die an der Rjäsanschen Chaussee belegenen zentralen Petroleum- und Benzintanks des russischen Staates wurden durch revolutionäre Arbeiter in die Luft gesprengt. Sämtliche Tanks und Zisternen explodierten, in wenigen Sekunden waren 300 000 Pud (über 5000 Tonnen) Naphtha vernichtet. Die furchtbare Explosion wurde bis in die weiteste Umgebung Moskaus gehört. Obgleich sofort die gesamte Feuerwehr Moskaus alarmiert wurde, griff das Feuer doch auf die nahen Verwaltungsgebäude und auf den benachbarten Stadtteil über. Zahlreiche Häuser stehen in Brand. Am Abend war es der Feuerwehr noch nicht gelungen, das Feuer zu löschen.

Nach dem Aufstande in Irland.

Die Führer erschossen!

London, 3. Mai. Laut amtlicher Erklärung herrscht zumeist Ruhe. Die Aufständischen werden vor ein Kriegsgericht gebracht und, soweit ihre Fälle nicht sofort behandelt werden können, in die Gefangenschaft nach England geschickt. Man will mit den Prozessen so rasch wie möglich fertig werden.

Die Anzahl der „Rebellen", die an dem Aufstand von Anbeginn an teilgenommen haben, soll 5000 sein. Ihre Verluste seien schwer. Der gesamte Sachschaden, der durch Brände an Häusern angerichtet wurde, betrage mindestens 300 000 Pfd. Sterling (4 200 000 Mk.)

Dublin, 3. Mai. Amtlich. Die Zahl der Toten in den Spitälern allein beträgt 188, davon 66 Soldaten. Es wurden 179 Gebäude durch Feuer beschädigt oder zerstört.

Die Arbeit der Blutgerichte beginnt. Wie die Central News berichten, sind 2280 Iren in Dublin wegen Hochverrats den Kriegsgerichten zugeführt worden. Der gleichen Quelle zufolge hat das englische Kabinett zugestimmt, den Kriegszustand in Irland bis zum Kriegsende aufrecht zu erhalten.

Im Unterhause teilte Asquith mit, daß drei der irischen Aufständischen, nämlich Pearce, Clarke und Macdonagh, die die republikanische Proklamation unterzeichnet haben, vor ein Kriegsgericht gebracht, schuldig befunden und erschossen wurden. Drei andere Aufständische wurden zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.

Der Zwangsdienst in England.

Die Einziehung der Verheirateten.

London, 4. Mai. (W. T. B.) Im Unterhause brachte Asquith das neue Wehrpflichtgesetz ein, das die Bedingungen der am 27. April zurückgezogenen Bill mit dem Zusatz des Zwangsdienstes für Verheiratete zwischen dem 18. und 41. Lebensjahre enthält. Diese Bestimmung wird erst einen Monat nach Annahme der Bill in Kraft treten, um den Leuten zu ermöglichen, sich freiwillig einschreiben zu lassen. Ein Sondervorbehalt ist für gediente Leute vorgesehen, die nicht sofort gebraucht werden. Sie können zu ihrer bürgerlichen Beschäftigung zurückkehren, bis sie einberufen werden. Die erste Lesung des Wehrpflichtgesetzes wurde einstimmig angenommen.

Die Arbeiterpartei soll eine Konferenz abgehalten haben, in der beschlossen wurde, die Abstimmung den Mitgliedern freizustellen.

Die imperialistische Daily Mail jubelt darüber, daß die Dienstpflicht, für die sie sich seit langem eingesetzt hat, endlich durchgeführt werden soll. Durch das neue Gesetz, schreibt das Blatt, werde England in eine Reihe mit seinen Verbündeten treten. Berlin wird glaubt, daß es möglich sein wird, mit Hilfe des neuen Dienstpflichtgesetzes noch 200 000 Mann aufzubringen. Im übrigen glaubt das Blatt nicht, daß Asquith seine Feinde durch dieses äußerste Zugeständnis versöhnen wird. Die Dienstpflichtbewegung bezwecke nur, ihn und die Koalition in Verruf zu bringen. Daily Chronicle schreibt, es sei noch zu früh, um feststellen zu können, wie die Neuerung auf die Stimmung der bürgerlichen Bevölkerung hinsichtlich des Krieges wirken werde. Nur ein sehr oberflächlicher Beobachter könne in Abrede stellen, daß bereits ein Unterschied zu bemerken sei, und zwar in ungünstigem Sinne. Man könne aber jetzt, wo man einmal zum Zwang vorgegangen sei, nicht mehr während des Krieges den einmal eingeschlagenen Weg verlassen, und das Beste, was man tun könne, sei, den Dienstzwang so gut und so logisch wie möglich durchzuführen.

•

Eine Nationalfeier in Polen.

Warschau, 3. Mai. (W. T. B.) Am Mittwoch, den 3. Mai, fanden mit Genehmigung des Generalgouverneurs im deutschen Okkupationsgebiet Polens öffentliche Feiern statt zur Erinnerung an die vor 125 Jahren an diesem Tage durch den polnischen Reichstag beschlossene und vom König Stanislaus August genehmigte Verfassung für das polnische Reich. Besonders feierlich gestaltete sich diese Kundgebung in Warschau selbst. Nach der Kirchenfeier bewegte sich von der Kathedrale durch die Hauptstraße Warschaus ein festlicher Zug, der etwa fünf Stunden dauerte und an dem gegen 250 000 Menschen teilnahmen. Im Zuge befanden sich Vertreter der katholischen und evangelischen Geistlichkeit, sowie Rabbiner, ferner sämtliche Schulen, Universität, Polytechnikum, die Vertreter aller politischen, literarischen, sozialen und wirtschaftlichen Vereine Warschaus. Alle Straßen Warschaus, in denen sich die Menge drängte, waren geschmückt mit Abzeichen und Fahnen in polnischen Nationalfarben. Für die Ordnung, die überall musterhaft war, sorgte die städtische Miliz. Um 5 Uhr nachmittags fanden in 96 Lokalen Warschaus Versammlungen statt, in denen über die Verfassung von 1791 Vorträge gehalten wurden. Abends gaben sämtliche Theater Warschaus Festvorstellungen. Solche Feiern haben heute in allen größeren Städten des deutschen Okkupationsgebietes stattgefunden und verliefen überall eindrucksvoll und in vollster Ruhe. Seit dem Jahre 1815 ist es das erstemal, daß Warschau die Feier dieses Gedenktages in dieser Weise feiern konnte. Die russische Regierung hat sie niemals geduldet. Vor 25 Jahren sind in Warschau die Manifestanten, namentlich Studenten, verhaftet und in die Zitadelle abgeführt worden. Heute verlief der Tag unter Hochstimmung der Bevölkerung in musterhafter Ordnung.

•

Internationale Bestrebungen in Frankreich.

Ueber den zur Feier des 1. Mai abgehaltenen Kongreß der französischen Sozialisten hat, wie sich nachträglich herausstellt, die Agence Havas wieder einmal in ganz ungenügender Weise berichtet. Wie aus dem letzten vorliegenden Bericht des Temps hervorgeht, hat der Gewerkschaftler Bourderon den vom letzten sozialistischen Parteitag abgelehnten Antrag erneuert, die Beziehungen mit den Gewerkschaftsverbänden des feindlichen Auslandes wieder aufzunehmen. Dieser Antrag wurde mit 45 gegen 25 Stimmen abgelehnt, bei 8 Stimmenthaltungen. Die bürgerliche Presse, insbesondere radikale Zeitungen, betonen den ruhigen Verlauf des 1. Mai in ganz Frankreich.

Notizen.

Ein Transportdampfer mit serbischen Truppen versenkt. Wien, 3. Mai. Hiesige Blätter melden aus Athen: Ein englischer Truppentransportdampfer, der mit 15 000 Serben auf dem Wege von Korfu nach Saloniki unterwegs war, wurde nach einer Meldung der Saloniker Zeitung an der Küste des Epirus durch ein Unterseeboot versenkt. Der größte Teil der Truppen soll gerettet sein. Ueber die Zahl der Opfer liegen keine näheren Angaben vor.

Ein spanisches Schiff versenkt. Coruna, 2. Mai. Der spanische Dampfer Winifrida wurde am 30. April in 47 Grad 48 Minuten nördlicher Breite und 7 Grad 48 Minuten westlicher Länge versenkt. Das Schiff sank in 6 Minuten. Die ganze Besatzung mit einer einzigen Ausnahme wurde gerettet. Der Kapitän glaubt, daß das Schiff torpediert wurde. — Wie aus Jersey gemeldet wird, ist der britische Schoner Maud von einem deutschen Unterseeboot versenkt worden.

Der Feldzug in Mesopotamien

Oberst a. D. Richard Gädke schreibt uns:

Wenn die vorvergangene Woche ihr Gepräge durch die Einnahme Trapezunts erhielt, so wird die letzte durch die Waffenstreckung des englischen Generals Townshend in Kut-el-Amara beeinflußt. Das Ereignis war mit einer gewissen Ungeduld erwartet; denn solange die Stadt widerstand, waren schließlich noch immer Zwischenfälle möglich. Die Freude der Türken über den heißumstrittenen Erfolg, der am 29. April eintrat, ist voll berechtigt.

Als die Engländer im Spätsommer des Jahres 1915 ihren Vormarsch von Basrah gegen das 450 Kilometer entfernte Bagdad antraten, lag dem ein wohlberechneter, weit vorausschauender wirtschaftlicher und politischer Plan zugrunde. Es galt zunächst in diesen Grenzgebieten zwischen der Türkei, Persien und den halb unabhängigen Gebieten Arabiens das Ansehen der englischen Macht zu befestigen und jede Neigung der mohammedanischen Welt im Keime zu ersticken, sich etwa dem Rufe, zum heiligen Kriege folgsam zu erweisen. Damit sicherte man zugleich am wirksamsten die eigene Herrschaft in Indien und in Aegypten. Darüber hinaus aber schien es hier möglich, sich von vornherein einen großen Siegespreis des Weltringens zu sichern. Die jetzt verwahrlosten aber hoffnungsschweren Gebiete des Zweistromlandes, durch englisches Kapital befruchtet, waren offenbar der glänzendste Zuwachs des britischen Reiches, der auf der ganzen Erde noch zu finden war. Man konnte berechnen, daß sie das Mutland einst an Fruchtbarkeit übertreffen und das hineingesteckte Geld hundertfach verzinsen würden. Hier konnte der deutsche Mitbewerber mit seinen eigenen Zukunftserwartungen schwerer als in Afrika getroffen werden; das großartige Werk der Bagdadbahn eine Sachbahn geworden, der Weg zum Weltmeer wieder an einer Stelle verrammelt! Und zugleich auch gegen den russischen Freund und Bundesgenossen eine kleine freundnachbarliche Vorsichtsmaßregel: die Einflußsphäre in Persien zu Englands Gunsten doppelt gesichert und erweitert, auch Rußland wie durch die Japaner im Osten, so hier im Süden vom freien Weltmeer abgeschlossen und mit doppelter Wucht auf den Ausdehnungsdrang nach Westen gewiesen.

Der unfehlbare Herrscherinstinkt der angelsächsischen Rasse hat sich hier wieder einmal glänzend bewährt!

Aber auch ihr Hochmut, ihre Sorglosigkeit, ihre militärische Unfähigkeit. Mit einer fast noch beispielloseren Unterschätzung des Gegners, als sie vor den Dardanellen bewiesen, sandten sie eine einzelne Division von kaum mehr als 20 000 Köpfen, einschließlich des Trosses, durch das brennendheiße Wüstenland den Tigris aufwärts, ins Unbekannte und fast ins Zielloses hinein, mit schlecht gesicherten Verbindungen nach rückwärts.

Der Anfang war glücklich genug. Der Türkei standen hier anfänglich in der Gegend vor Korna, am Zusammenfluß des Euphrat und Tigris, nur schwache Truppenkräfte, verstärkt durch irreguläre Araberbanden, zur Verfügung. In verschiedenen Gefechten wurden sie beiseite gedrängt, allerdings, wie es scheint, nicht völlig von den Verbindungen der englischen Truppen abgeschoben — und dann fröhlichen Mutes der Marsch auf Bagdad angetreten. Im September besetzte die englische Division — es war die 6. Poona-Division unter General Townshend — Kut-el-Amara, nur noch 100 Kilometer Luftlinie von Bagdad entfernt! Der Marschweg, der der Verpflegung wegen den ewigen Krümmungen des Trigrislaufes folgen mußte, war allerdings ganz erheblich länger. Gegen Ende November endlich traf General Townshend in der Gegend des alten Ktesiphon ein, 50 Kilometer südöstlich Bagdad. Aber hier traf er auf überlegenen Widerstand und auf eine überlegene Führerkunst. In den heißen Kämpfen vom 23. bis 26. November wurde er mit schweren Verlusten geschlagen und mußte in eiliger Flucht und in einem Zuge bis Kut-el-Amara weichen. Bereits am 4. Dezember trafen die entschlossen folgenden Türken vor seinen Stellungen ein. Hier nun beginnt der englische General den zweiten und folgenschwereren Fehler, vielleicht auch diesmal wieder durch die Befehle der Londoner Regierung gedrängt! Es mag sein, daß er in Kut-el-Amara einige Verstärkungen vorfand, befestigt hatte er es schon während seines Vormarsches; der Tigris, auf dem englische Monitore ihm gefolgt waren, schien ein sicherer Verbindungsweg, und er wußte, daß neue Truppen von Indien her unterwegs waren. So entschloß er sich, anstatt zunächst die Verbindung mit diesen zu suchen und dann einen neuen Vormarsch anzutreten, in Kut-el-Amara stehen zu bleiben und dort den türkischen Angriff abzuwehren — wiederum in hochmütiger Verachtung der Unternehmungslust des Gegners. Am 11. Dezember scheint dieser zunächst einen vergeblichen Angriff auf die starken Linien Townshend gemacht zu haben; dann aber brettete er sich aus, umfaßte den an einen Punkt gefesselten Gegner und sandte gleichzeitig eine Deckungsarmee den anmarschierenden englischen Verstärkungen entgegen. Anfänglich war die Einschließung eine lockere und Townshend scheint noch mehrfach Schießbedarf und Verpflegung hereinbekommen zu haben. Aber die Türken schnürten das englische Lager enger und enger ein und hielten ihre Deckungsarmee bei Aligarti, flußabwärts, in einer Entfernung von 70 bis 80 Kilometer von der eingeschlossenen Festung, so daß beide Heeresteile sich fortdauernd gegenseitig unterstützen konnten. Am 6. Januar 1916 erfolgt dann der erste Vorstoß der Entsatzarmee unter Aylmer, der die Türken zunächst bis Essin und Felahie zurückdrängte, zuletzt aber, in den Tagen bis zum 9. Januar, völlig scheiterte. Von dieser Zeit an scheint Townshend — abgesehen durch Flugzeuge — von jeder wirksamen Verbindung nach außen abgeschnitten gewesen zu sein. Verschiedene Versuche, ihm auf dem Flusse Vorräte zuzuführen, scheiterten an den Gegenmaßnahmen der Türken, die die feindlichen Schiffe teils kaperten, teils vernichteten.

Inzwischen waren im Dezember und Januar die englischen Truppen von der Gallipoli-Halbinsel zurückgezogen worden. General Aylmer erhielt die von dort abgerufene 13. Division zur Unterstützung und ist dadurch, soweit aus englischen Nachrichten zu ersehen, schließlich auf eine Streitmacht von drei

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219160504-18/fragment/page=0001

Divisionen (die 8., 7., 13. Division) oder 50 000 bis 60 000 Mann verstärkt worden. Es ist vielleicht auch kein ganz zufälliges Zusammentreffen, daß am 10. Januar die Russen ihren großen Angriff gegen Armenien unter Großfürst Nicolai begannen und gleichzeitig in Persien energische Vorstöße gegen Kermanschah, auf dem Wege nach Bagdad, einleiteten. Trotzdem sie aber am 16. Februar Erzerum einnahmen und sich mit ihrem linken Flügel über Bitlis in südlicher Richtung gegen Mesopotamien auszubreiten suchten, trotzdem sie am 27. April von Persien aus nur noch 175 Kilometer von Kut-el-Amara entfernt sein wollten, scheiterte schließlich der Zusammenklang dieser großartigen Umfassungsbewegung an den weiten Entfernungen, dem schwierigen Gelände, dem Widerstande der Türken und vor allen Dingen an den dauernden Mißerfolgen der Engländer.

Schon am 18. Januar mußte General Aylmer nach London melden, daß „das Wetter" jeden Fortschritt hindere. Das Wetter hat dann auch später eine große Rolle gespielt; zuerst war es eine ungewöhnlich eisige Kälte, dann eine ungewöhnliche Hitze mit Staubwinden, endlich die Ueberschwemmung! Alle Elemente hatten sich gegen die Engländer verschworen! Nach türkischen Meldungen haben ihre Truppen freilich ebenso sehr darunter gelitten, aber den Widrigkeiten zum Trotz siegreich ausgehalten.

Im Beginne des Februar wurde die Lage des Generals Townshend bereits kritisch; es gereicht ihm und seinen Truppen zu hohem Ruhm, daß sie trotzdem noch zwei Monate ausgehalten und Sturmangriffe der Türken abgewehrt haben. In solchen Lagen hat der englische Soldat zu allen Zeiten seine wertvollen Eigenschaften zähen Aushaltens bewiesen. Am 2. Februar erfolgte ein neuer Entsatzversuch Aylmers, der aber nach hin- und herwogenden Gefechten am 5. wiederum abgewiesen war. Er befand sich damals 45 Kilometer von Kut-el-Amara entfernt und ist trotz aller Vorstöße der belagerten Festung später nur um wenige Kilometer und immer nur vorübergehend näher gekommen. Die wiederholten Angriffe am 22. Februar, am 6. bis 8. März, am 10. und 11., am 22. des gleichen Monats scheiterten zum Teil unter sehr schweren Verlusten; die Tage des 6. bis 8. zum Beispiel kosteten ihn 5000 Mann. Der erfolglose General wurde, wie das so zu gehen pflegt, zur Strafe abberufen; er büßte für die Sünden der Politiker. Aber auch sein Nachfolger, General Gorringe, der vielleicht noch Verstärkungen mitbrachte, konnte keine besseren Ergebnisse erzielen. Auch er holte sich bei seinen Angriffen am 5., 6., am 11., am 17. bis 18. April nur blutige Abfuhren. So kam denn der verhängnisvolle Tag heran, an dem General Townshend bedingungslos kapitulieren mußte! 5 Generale, 277 britische, 274 indische Offiziere, 13 300 Soldaten (darunter fast 3000 Nationalengländer) wanderten am 29. April in die Gefangenschaft der verachteten Türken, für diese ein ansehnlicher militärischer, ein größerer moralischer Erfolg, der ringsum in der moslimischen Welt ein lautes Echo wecken wird. Das Ansehen des englischen Namens im Osten hat bedenklich gelitten; der feindlichen Kriegführung im Osten aber ist ihr ganzes Konzept verdorben worden. Die strategischen Folgen dieses Ergebnisses können weitreichende sein, ohne daß sich ihre Tragweite schon jetzt völlig übersehen ließe.

Die Reichsvereinsgesetznovelle.

Der Bundesrat hat einer Novelle zum Reichsvereinsgesetz zugestimmt, die dem Reichstag zugegangen ist.

Vor länger als einem Jahr, am 20. März 1915, überwies der Reichstag dem Reichskanzler einen Antrag zur Berücksichtigung, der die beruflichen Vereine nicht mehr als politische Vereine im Sinne des Vereinsgesetzes zu betrachten verlangte. Ferner wurde ein Gesetzentwurf einer Kommission überwiesen, der die Beschränkungen aufgehoben wissen wollte, denen der Gebrauch einer fremden Sprache in Versammlungen und Personen unter 18 Jahren nach dem Vereinsgesetz unterliegen. Die Kommission schlug einen Gesetzentwurf vor, der nach drei Richtungen hin das Vereinsgesetz ändert. Es sollte danach erstens als politischer Verein nur ein Verein gelten, der „bezweckt, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern" und ausdrücklich — einer von der Regierung im April 1908 bei Gestaltung des Vereinsgesetzes abgegebenen, aber von der Rechtsprechung nicht eingehaltenen Zusicherung entsprechend — war zugesetzt worden: „Nicht als politische Vereine gelten Vereine von Berufsgenossen oder Angehörigen verschiedener Berufe und Standesvereine, auch wenn sie zur Verfolgung ihrer Zwecke politische Gegenstände in ihren Versammlungen erörtern." Außer dieser Freistellung beruflicher Vereine von den politischen Vereinen außerlegten Fesseln verlangte der Gesetzentwurf Beseitigung des Sprachenparagraphen und der Vorschrift aus dem Vereinsgesetz, die Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, verbietet, Mitglieder von politischen Vereinen zu sein oder in deren Versammlungen oder in öffentlichen politischen Versammlungen anwesend zu sein.

Am 27. August 1915 stimmte der Reichstag diesem Gesetzentwurf zu — eine Zustimmung des Bundesrats ist nicht erfolgt. Die Regierung versprach, sie werde wohlwollend auf berufliche Vereine sich beziehenden Verlangen entsprechen und baldigst eine Vorlage in diesem Sinne dem Reichstag zugehen lassen. Dies Versprechen wurde noch am 7. April d. J. wiederholt.

Die Vorlage bleibt nach den uns gewordenen Informationen weit hinter den Erwartungen zurück, die man in weiten Kreisen hegte. Die Novelle beschränkt sich im wesentlichen auf die Bestimmung, daß die §§ 3 und 17 des Reichsvereinsgesetzes (Verpflichtung zur Einreichung der Satzungen, Ausschluß Jugendlicher unter 18 Jahren) künftig nicht mehr Anwendung finden sollen auf solche Vereine (Gewerkschaften), die sich lediglich die Verbesserung des Arbeits- und Lohnverhältnisses ihrer Mitglieder zur Aufgabe gemacht haben. Rein politische Betätigung bleibt also den Gewerkschaften untersagt; auch das Koalitionsrecht für landwirtschaftliche Arbeiter wird, soweit es besteht, nicht aufgehoben. Ebensowenig der Sprachenparagraph und der wesentlichste Teil der Beschränkungen in der Betätigung Jugendlicher. Eine Unpolitisch-Erklärung der Berufsvereine ist nicht erfolgt.

Einen über Erwarten großen Erfolg haben also die einflußreichen Kreise erzielt, die, wie wir bereits mitteilten, den Bundesrat zu bestimmen suchten, die Novelle auf die Unpolitisch-erklärung der Berufsvereine zu beschränken. Selbst dazu hat sich die Regierung nicht entschließen können. Sie hat natürlich auf diese Art den Wünschen dieser Kreise, die für die Organisationen der Landarbeiter und der Staatsarbeiter eine ausnahmerechtliche Stellung wünschten, in der besten Weise Rechnung getragen. Gegen diese Ausnahmestellung der Landarbeiter und Staaatsarbeiter hatte sich auch eine von uns bereits erwähnte Eingabe der Gesellschaft für soziale Reform gewendet. In dieser Eingabe hieß es:

Die landesrechtliche Sonderstellung der Landarbeiter und Dienstboten durch § 24 des Reichsvereinsgesetzes, über deren grundsätzliche Berechtigung oder Nichtberechtigung hier nicht gesprochen werden soll, bezieht sich nur auf bestimmte Koalitionshandlungen oder Verabredungen zur Einstellung oder Verhinderung der Arbeit und findet überdies nur noch in den alten preußischen Provinzen Anwendung. Die Vereinigungsfreiheit als solche wird dadurch nicht berührt: Die Landarbeiter und Dienstboten genießen vielmehr in allen Fragen, die nicht auf die Einstellung oder Verhinderung der Arbeit sich beziehen, das volle Vereinigungsrecht gemäß dem Reichsvereinsgesetz wie alle übrigen Reichsangehörigen. Falls hiergegen bisher irgend noch ein Bedenken bestanden haben sollte, so hat das Kriegserlebnis des deutschen Volkes und die unterschiedslose Kampf- und Opferfähigkeit aller Schichten die Notwendigkeit unwiderleglich bewiesen, den Grundsatz der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung für alle zu voller praktischer Geltung zu bringen und die Landarbeiter- und Dienstbotenvereine nicht länger als soziale Organisationen minderen Rechtes zu behandeln. Es wäre mit der Tatsache, daß die Staats- und Gemeindearbeiter und die ländlichen Arbeiter mit ihren städtischen Kameraden Schulter an Schulter während der Kriegszeit kämpfen und bluten und sich des höchsten Vertrauens der Nation würdig erweisen, unvereinbar, ihnen bei der Heimkehr in die Friedensarbeit, wenn es sich um Wahrnehmung der arbeitsvertraglichen Interessen handelt, die gleiche Vereinigungsfreiheit wie den Arbeitern der privaten Gewerbe zu versagen, unbeschadet der besonderen Regelung des Streikrechts in gemeinnützigen landwirtschaftlichen und öffentlichen Betrieben. Auch würde die sozialrechtliche Schlechterstellung der Landarbeiter die für Deutschland künftig doppelt ernste Gefahr einer steigenden Abwanderung vom Lande in die Stadt noch verschärfen, während im Gegenteil alles geschehen sollte, der Arbeiterschaft das Leben auf dem Lande anziehungsreicher als bisher zu gestalten.

Nicht minder entschieden wandte sich gegen die Absicht, bei der angekündigten Reform des Vereinsrechts der Gewerkschaften abermals ein Ausnahmerecht für die Arbeiter und Angestellten der Staatsbetriebe zu schaffen, die Reichskartell-Korrespondenz der Beamten und Arbeiter staatlicher Verkehrsanstalten, die Verbände mit 130 000 Mitgliedern vertritt. In einem Artikel wies sie auf die Kriegslasten hin, die von den Eisenbahnern und den Postbeamten getragen worden sind. Angesichts dieser Lasten müsse es als ein grobes Vergehen an den Volksrechten bezeichnet werden, wenn sich zurzeit gewisse politische Kreise alle Mühe geben, die Staatsbediensteten bei der bevorstehenden Novelle zum Reichsvereinsgesetz auszuschalten. Dies würde für sie eine Verschlechterung des jetzigen Rechtszustandes bedeuten, noch mehr: es wäre ein ganz rigoroser Ausnahmegesetzakt. Heute beschäftigen sich die Staatsangestellten-Verbände in weitestem Umfange mit Fragen, die außerhalb des engeren Rahmens der Dienst-, Arbeits-, Gehalts- und Lohnverhältnisse liegen, mit dem Lebensmittelwucher, der Wohnungs- und Bodenfrage usw. Das alles aber seien „politische" Fragen. Würden die Staatsbediensteten bei der Novelle zum Vereinsgesetz ausgeschaltet, so könnten sie mit einem Schlage zu politischen Vereinen erklärt werden und dann alle Erschwerungen solcher zu tragen bekommen. Der Zweck dieser Ausschaltung gehe allerdings noch weiter:

„Man will endgültig den Staatsangestellten den Weg zur reichsgesetzlichen Regelung ihrer Koalitionsbestrebungen, die heute vollständig in der Luft hängen, verrammeln. Die reaktionären Kreise drücken in dem geschilderten Sinne vermittels der preußischen Stellen (wie bei der Lebensmittelversorgungs-Organisation) auf die Reichsleitung. Diese bleibt entweder fest, was wir nach der Erklärung des Ministerialdirektors Lewald am 7. April im Reichstage auf eine Anfrage des Abgeordneten Scheidemann fest zu hoffen wagen, oder sie gibt nach und versucht den bürgerlichen Mittelparteien und der gesamten Linken die Sache mit den üblichen Argumenten schmackhaft zu machen, daß die geplanten Aenderungen des Reichsvereinsgesetzes doch einen großen Fortschritt für die Privatarbeiter bedeuteten, daß mit einem Male nicht alles erreicht werden könne, daß man die „Ausschlagszahlung" doch vorläufig einmal annehmen möge usw. usw.

Wir würden der Volksvertretung des Reiches in diesem Falle jedes moralische Recht absprechen, den Privatarbeitern rechtliche Fortschritte (die wir diesen gewiß gönnen) auf Kosten von ausnahmegesetzlichen Maßnahmen gegenüber den Staatsangestellten zu geben. Wir würden gegen eine solche Reichsvereinsgesetzgebung den allerschärfsten Einspruch erheben müssen. Wir würden weiter unsre Kollegen im Lande auffordern müssen, Abgeordneten, die so mit unseren Grundrechten umspringen, bei den kommenden Wahlen rücksichtslos die Stimmen vorzuenthalten.

Das ist eine deutliche Sprache gegen die Quertreibereien auf Schaffung neuer Ausnahmegesetze. Die Regierungsvorlage hat den gehegten Befürchtungen leider in überaus reichem Maße recht gegeben. Für die Landarbeiter und Staatsarbeiter ist zwar kein Ausnahmerecht geschaffen worden. Es brauchte nicht geschaffen werden, weil die geforderten Rechte auch den gewerblichen Arbeitern nicht eingeräumt werden sollen. Die gewerblichen Arbeiter werden nicht minder enttäuscht sein wie die Landarbeiter und Staatsarbeiter. Morgen hoffen wir den Text der Novelle bringen zu können.

Politische Uebersicht.

Reichstags-Arbeit.

Der Reichstag wird nach den Vereinbarungen im Seniorenkonvent am Dienstag, den 9. Mai, seine Arbeiten wieder aufnehmen und zunächst den Entwurf der Abänderung des Vereinsgesetzes beraten; dann wird er die Materien in Arbeit nehmen, die mittlerweile von der Budgetkommission abgeschlossen sind.

Gesetz über Feststellung von Kriegsschäden.

Der Bundesrat hat soeben den Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung von Kriegsschäden im Reichsgebiet seine Zustimmung erteilt, der alsbald dem Reichstage vorgelegt werden soll. Als durch den Krieg verursacht sollen nach dem Entwurf Beschädigungen gelten, die unmittelbar hervorgerufen sind:

1. durch die kriegerischen Unternehmungen deutscher, verbündeter oder feindlicher Streitkräfte;

2. durch Brand oder sonstige Zerstörung, Diebstahl oder Plünderung in dem vom Feinde besetzten oder unmittelbar bedrohten Gebiet;

3. durch die Flucht, Abschiebung oder Verschleppung der Bevölkerung aus dem vom Feinde besetzten oder unmittelbar bedrohten Gebiet.

Wenn die Sache zerstört oder abhanden gekommen ist, wird der volle Wert, wenn sie nur beschädigt ist, die Wertminderung festgestellt. Maßgebend ist der Wert vor dem Kriege. Bei Erwerbungen nach Ausbruch des Krieges mit nachweislich höheren Kosten können diese in angemessener Höhe in Rechnung gestellt werden.

Kriegsgefangene als Konkurrenten unserer Soldaten.

Bekannt ist, daß die Beschäftigung von Kriegsgefangenen in der Landwirtschaft eine Reihe Agrarier veranlaßt hat, Landarbeiter zu entlassen, so daß selbst Landräte sich dagegen wenden mußten. Jetzt werden die Gefangenen den beurlaubten Soldaten vorgezogen. Das Memeler Dampfboot veröffentlicht Grundsätze über die Verteilung russischer Kriegsgefangener und schreibt:

„Hierbei sei strengstens darauf zu achten, daß denjenigen Landwirten, denen beurlaubte Soldaten zugeteilt sind, russische Kriegsgefangene nicht zugeteilt werden. Es ist festgestellt worden, daß verschiedene Arbeitgeber die ihnen zugeteilten beurlaubten Soldaten zurückgewiesen haben, hauptsächlich aus dem Grunde, weil sie für diese Leute keinen Verpflegungszuschuß erhalten. Arbeitgeber, die Urlauber zurückweisen, verlieren jeden Anspruch auf solche und auf russische Kriegsgefangene."

Wenn die Agrarier Kriegsgefangene beschäftigen, so erhalten sie für diese noch einen Verpflegungszuschuß bis zu 1,20 Mk. pro Tag und Kopf. Deshalb werden die eigenen Soldaten zurückgewiesen. Dabei erhalten die Agrarier ihre Produkte sehr hoch bezahlt, und den Sparkassen in ländlichen Gegenden fließen riesige Summen vom Lande zu.

Kleine politische Nachrichten.

Bulgarische Abgeordnete kommen nach Deutschland. Ihr Aufenthalt wird 15 Tage dauern. Am 7. Mai werden sie in Berlin eintreffen und hier drei bis vier Tage bleiben. Sie besuchen Kiel, Hamburg, Düsseldorf, Köln, Frankfurt am Main, München.

Solf wünscht weitere deutsche Kolonialpolitik. Hamburg, 4. Mai. (W. T. B.) Ueber die Lehren des Weltkrieges sprach gestern abend in Hamburg der Staatssekretär des Reichskolonialamts, Dr. Solf, und ging zum Schluß auf die Frage ein, ob die mitteleuropäische Wirtschaftsgemeinschaft eine eigene deutsche Kolonialpolitik ersetzen könne. Er verneinte dies. Die Erfahrungen des Krieges sprächen dafür, daß eine gesicherte und ruhige Weiterentwicklung Deutschlands ohne eine eigene aktive Kolonialpolitik nicht denkbar sei.

Aus der Partei.

Liebknechts Verhaftung.

Am 2. Mai wurde offiziös gemeldet, daß am 1. Mai auf dem Berliner Potsdamer Platz kleinere Menschenansammlungen vorgekommen seien, wobei neun Personen wegen Uebertretung polizeilicher Anordnungen und wegen groben Unfugs verhaftet wurden. Am Abend desselben Tages brachte die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags einen schleunigen Antrag auf Einstellung des gegen den Abg. Liebknecht eingeleiteten Verfahrens für die Dauer der Sitzungsperiode und Haftentlassung ein. Erst nach Veröffentlichung dieses Antrags am Mittwoch morgen wurde durch eine offiziöse Meldung mitgeteilt, daß sich unter den Verhafteten vom 1. Mai auch der Abg. Liebknecht befinde, und es wird hinzugefügt:

„Da Liebknecht, welcher bei seiner Festnahme Zivilkleidung trug, Armierungssoldat ist, hat der zuständige militärische Gerichtsherr die Untersuchung eingeleitet und auf Grund der bisherigen Feststellungen einen Haftbefehl gegen Liebknecht erlassen."

Da es sich nach dem ersten offiziösen Bericht um einen recht harmlosen und unbedeutenden Vorfall gehandelt haben soll, können wir nicht glauben, daß aus diesem Ereignis ein großer politischer Prozeß hervorwachsen wird. Das Mißverhältnis zwischen Ursache und Wirkung wäre doch zu auffällig. Auch Liebknecht ist nach diesem Bericht, ebenso wie die acht andern Sistierten, nicht etwa wegen eines Verbrechens, sondern nur wegen „groben Unfugs" und „Ueberschreitung straßenpolizeilicher Anordnungen" festgenommen worden. Ob diese geringfügige Verfehlung, die auch in Studentenkreisen öfter vorkommt, wirklich vorliegt, das zu untersuchen wird Sache des geordneten Verfahrens sein. Um mehr scheint es sich nach den vorliegenden Nachrichten aber nicht zu handeln.

Die Sache wird durch das Militärverhältnis Liebknechts einigermaßen kompliziert. Liebknecht befindet sich in seiner Eigenschaft als Abgeordneter in Berlin und war sich wahrscheinlich, als er die gemeldete „Polizeikontravention" begangen haben soll, seiner Eigenschaft als Soldat wohl gar nicht bewußt. Nach dem Wortlaut des Gesetzes ist er allerdings nur für sein Verhalten im Parlament selbst vor militärischer Strafverfolgung sichergestellt, während seine sonstigen Handlungen der Militärstrafgerichtsbarkeit unterliegen.

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags hat sofort den schon veröffentlichten Antrag auf Einstellung des Verfahrens und Haftentlassung gestellt. Es ist dringend zu fordern, daß sich im Reichstag eine Mehrheit findet, die, von höheren politischen Gesichtspunkten geleitet, diesem Antrag zustimmt. Ganz abgesehen davon, daß der Reichstag schon grundsätzlich seine Vollzähligkeit gegenüber behördlichen Eingriffen sichern soll und muß, ist es ein Gebot der politischen Klugheit, dem Antrag der sozialdemokratischen Fraktion stattzugeben. Das ausführlich zu begründen, ist uns aus bekannten Gründen jetzt nicht möglich. Aber die Gründe liegen auf der Hand.

„Das Verlangen des Reichstages hat keine Bedeutung."

Berlin, 4. Mai. (Telegr.) Zur Verhaftung des Abg. Liebknecht heißt es im L. A., bei Militärhaft habe ein Verlangen des Reichstags nach Aufhebung der Haft rechtlich keine Bedeutung, und es bleibe dem Militärgericht überlassen, ob es einem solchen Wunsche stattgeben könne oder nicht.

Wie der Reichstag über die Militärmacht denkt, bleibt abzuwarten.

Eine Redakteur-Entlassung und falsche Gerüchte.

Zur Entlassung des Redakteurs May vom Braunschweiger Volksfreund veröffentlicht die Preßkommission folgende „Feststellung":

„In der Parteipresse zirkuliert die Behauptung, der frühere Redakteur Genosse May sei für den Fall der Einziehung des leitenden Redakteurs des Volksfreund mit der Leitung des Blattes beauftragt worden, unter der Bedingung, daß er die radikale Haltung des Blattes beibehalte; eine andere Version besagt, die Preßkommission habe ihn auf die Richtung der Gruppe der Internationale („Gruppe Liebknecht") festlegen wollen; May sei entlassen worden, weil er sich politischer Festlegung auf die Haltung der Minderheit oder der Gruppe Liebknecht geweigert habe.

Die Preßkommission stellt demgegenüber fest: 1. Die Preßkommission hat niemals für den Fall der Einziehung des Genossen Thalheimer den Genossen May für die politische Leitung des Blattes in Aussicht genommen; vielmehr sollte Genosse Wesemeier sie in diesem Falle übernehmen. 2. May war nur für die Redaktion des lokalen und provinziellen Teils in Aussicht genommen. 3. Es sind May für die Uebernahme der Lokal- und Provinzial-Redaktion von der Preßkommission keinerlei besondere politische Richtlinien vorgeschrieben worden, weder im Sinne der Gruppe der Internationale noch in irgend einem anderen Sinne. 4. In der gemeinsamen Sitzung der Preßkommission und des Bezirksvorstandes, in der die Entlassung Mays beschlossen wurde, hatte ein Mitglied des Bezirksvorstandes beantragt, May zu verpflichten, die Politik der Partei, wie sie vor dem 4. August bestand, und auf Grund deren er angestellt worden ist, fortzusetzen. Dieser Antrag ist aber von Preßkommission und Bezirksvorstand abgelehnt worden. Er war also von keinerlei Einfluß auf die Beschlußfassung. 5. Die sofortige Entlassung Mays erfolgte wegen schwer schädigende Umtriebe gegen den Bestand des Geschäfts und gegen die politische Unabhängigkeit des Blattes.

Braunschweig, den 1. Mai 1916.

Diedrich Pläßmann,
Vorsitzender der Preßkommission des Volksfreund.

Sozialistenverfolgung in Schweden.

Stockholm, 3. Mai. Die wegen „Hochverrats" angeklagten Jungsozialisten sind gestern zu Zwangsarbeit verurteilt worden, Abgeordneter Höglund zu dreijähriger, Journalist Oljelund zu anderthalbjähriger und Dr. Heden zu einjähriger.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219160504-18/fragment/page=0002

Ums tägliche Brot.

Wie dem Volke das Korn entzogen wird.

Zur Sicherung der Brotversorgung des deutschen Volkes besteht bekanntlich das Verbot des Verfütterns von Roggen. Viele Landwirte behielten von ihrer 1915er Kornernte große Mengen als Saatfrucht zurück und säten im Herbst die Aecker damit ein. Jetzt, nachdem das Korn üppig aufwächst, wird in Rheinhessen, namentlich in der Gegend von Mainz und auch in der Pfalz, die Beobachtung gemacht, daß die Bauern den Grün-Getreidewuchs schneiden und als Grünfutter benutzen. Auf das freigewordene Land pflanzen die Bauern Speisekartoffeln, weil sie damit rechnen, daß im Herbst 1916 die Ka. „offeln teuer werden. Es ist also im Herbst 1915 eine Menge Brotkorn unter Vorspiegelung falscher Tatsachen der Volksernährung entzogen worden. Außerdem birgt der Frühjahrsschnitt des grünen Roggens zu Fütterungszwecken die Gefahr in sich, daß zum Nachteil der Volksernährung die 1916er Kornernte eine erhebliche Einbuße erleidet, wenn nicht sofort ein Verbot der Grünfütterung mit Kornsaat erlassen wird. Den maßgebenden Behörden ist Anzeige erstattet worden mit der Aufforderung, dem Unfug ein Ende zu machen.

Begleiterscheinungen der Fleischknappheit.

Die Fleischknappheit hat an einigen Stellen, namentlich in den Gebieten der Industrieviere, dahin geführt, daß die Besitzer der Viehweiden über zunehmende „Gelegenheitsschlachtungen" auf den Weiden klagen. Die Fälle häufen sich, daß Rinder auf den Weideplätzen abgeschlachtet werden und verschwinden. In einer im Münst. Anzeiger veröffentlichten Zuschrift wird bemerkt, daß es sich um mehrere Schlachtvereinigungen in Westfalen handeln müsse, die zahlreiche Ähnehmer hätten. Das Abschlachten der Tiere geschehe durchaus in berufsmäßiger Weise, und es bleibe nichts liegen, was irgendwie verwertbar wäre.

„Keine Flundern schicken, Markt überfüllt."

Die Berliner Zeitungen berichten: Ein bekannter hiesiger Fischgroßhändler hat vor einigen Tagen an seine Lieferanten in Warnemünde, Brunshaupten, Arendsee, Saßnitz usw. ein Telegramm folgenden Inhalts gesandt: „Keine Flundern schicken, Markt überfüllt." Es handelt sich um 15 derartige telegraphische Fischabbestellungen. Richtig ist zwar, wie uns der Magistrat der Stadt Berlin mitteilt, daß an dem in Betracht kommenden Tage große Mengen Flundern auf dem hiesigen Markte vorhanden waren, trotzdem ist ein derartiges Verfahren, wie das hier beliebte, ganz unzulässig, zumal in der jetzigen Zeit. Bestrebungen, die Zufuhren von Lebensmitteln nach Berlin zu verhindern, dürfen unter keinen Umständen entschuldigt werden. Der Magistrat der Stadt Berlin hat deshalb beschlossen, gegen den Fischgroßhändler Strafanzeige zu erstatten und die Entziehung des Gewerbebetriebes zu beantragen.

Eine Haussuchung beim Hofschlächtermeister.

Berliner Blätter schreiben: Die durch die Polizeibehörden aufgedeckten Fälle von Fleischhinterziehung in Lichterfelde sind nicht allein geblieben. Heute vormittag sind bei einem Charlottenburger Schlächtermeister, dessen Firma noch dazu den Titel „Hofschlächtermeister" führt, Mengen von Fleischvorräten gefunden worden, die die Lichterfelder bei weitem übertreffen. Die polizeilichen Feststellungen besagen: Die Bewohner der Grolman-Straße in Charlottenburg hatten seit längerer Zeit beobachtet, daß der im Hause Nr. 14 wohnende Schlächtermeister Paul Sabinski, der das Geschäft des Hofschlächtermeisters Hermann Hübner übernommen hat, bauernd, namentlich in den Abendstunden, große Mengen Fleisch erhielt, aber in seinen Laden nur sehr wenig Fleisch zum Verkauf brachte. Unter den in der Umgegend wohnenden Hausfrauen machte sich infolgedessen eine gewisse Erregung geltend, die schließlich dahin führte, daß mehrere Frauen heute vormittag kurz entschlossen zur Polizei liefen und Anzeige erstatteten. Sabinski erklärte den Beamten, daß er in seinen Kühlräumen nur ganz unbedeutende Vorräte von Fleisch hängen habe. Die Durchsuchung ergab aber ein sehr überraschendes Resultat; es fanden sich nicht weniger als achtundsechzig Speckseiten, eine Anzahl Rinderviertel, größere Mengen Pökelfleisch und ferner in der im gleichen Hause befindlichen Privatwohnung erhebliche Vorräte von Dauerwürsten. Während der Durchsuchung hatte sich vor dem Schlächterladen eine größere Menge von Hausfrauen angesammelt, die, als das Ergebnis der Haussuchung bekannt wurde, ihrer Erregung lauten Ausdruck gaben. Der Wachtmeister ließ inzwischen bekannt geben, daß der sofortige Verkauf der vorhandenen Vorräte in die Wege geleitet werden würde. Sabinski mußte nun unter Aufsicht der Polizeibeamten seine sämtlichen Vorräte verkaufen. Selbstverständlich wird gegen Sabinski, der übrigens auch die Höchstpreise für Rindfleisch überschritten hat, ein Verfahren eingeleitet werden.

Der Innungsobermeister verbäckt Holzmehl!

Köln, 8. Mai. Der Obermeister Merzenich von der Kölner Bäckerinnung wurde wegen Nahrungsmittelfälschung zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt. Er hatte etwa 2—3 Monate hindurch täglich dem Feinmehl Holzmehl zugesetzt. Und dafür braucht er nur 150 Mk. Strafe zu zahlen! Das Geschäft hat rentiert!

Die Fettkarte in Leipzig.

Die Fettkarte hat mit Wirkung von 2. Mai ab der Rat der Stadt Leipzig eingeführt. Sie berechtigt zum Bezug von wöchentlich ½ Pfund Margarine, Kunstspeisefett, Butterschmalz, ausgelassenem Talg oder Schweineschmalz. Gleichzeitig hat der Rat wegen der Aufhebung der Höchstpreise für Gemüse einen Ueberwachungsausschuß eingesetzt, damit keine „unangemessenen Preisforderungen" gestellt werden. Dem Ausschuß gehört auch ein Sozialdemokrat, der Stadtverordnete Arbeitersekretär A. Lüttich an.

Das Kapitalabfindungsgesetz

vor der Budgetkommission des Reichstages.

Der Gesetzentwurf will Personen, die aus Anlaß des Krieges Anspruch auf Versorgungsgebührnisse haben, die Möglichkeit bieten, einen Teil ihrer Ansprüche kapitalisieren zu lassen, um mit diesem Kapital entweder Grundbesitz erwerben oder auf bereits vorhandenem Grundbesitz ruhende Lasten ganz oder teilweise ablösen zu können. Die Kapitalabfindung kann umfassen: die Kriegszulage, die Verstümmelungszulage und eventl. die Tropenzulage. Die Rente dagegen kann für Kriegsverletzte nicht kapitalisiert werden. Dagegen können Witwen einen Teil ihrer Renten kapitalisieren lassen. Auf alle Fälle soll neben dem Kapital noch eine bare Einnahme gesichert werden.

Zunächst wurde in eine Generaldiskussion eingetreten. Abg. Bauer (Soz.) vermag die lautgewordene Freude nicht zu teilen, denn der Entwurf ist doch nur ein kleiner Anfang. Nur der Umstand, daß nur ein Teil der Bezüge kapitalisiert wird, macht es möglich, für den Entwurf zu stimmen. Dagegen kann man nicht dafür eintreten, daß diese Abfindung eine weitere Ausdehnung erfährt. Der Abfindung muß stets ein Wert gegenüberstehen, der nicht verloren gehen kann. Die Tabelle, nach der die Abfindung stattfinden soll, muß geändert werden. Bei der Witwenfrage kommt man nicht darüber hinweg, den Witwen bei der Wiederverheiratung eine Abfindung im dreifachen Betrage der Jahresrente zu geben. Das für den Fiskus vorbehaltene Pfändungsrecht muß beseitigt werden. Darauf kann man auch leicht verzichten, wenn man bei der Kapitalabfindung die nötige Vorsicht walten läßt. — Abg. v. Winterfeld (kons.): Es muß dafür gesorgt werden, daß möglichst viele Leute in die Lage kommen, Grundbesitz erwerben zu können. Dringend zu warnen ist aber davor, die Abfindung auf Handwerker usw. auszudehnen. Abg. Paasche (natl.): Angesiedelte Kriegsleute sind jedenfalls weit besser gestellt als die anderen, deshalb muß die Ansiedlung so leicht als möglich gemacht werden, und das beste Mittel ist eine geringe Erhöhung der Kapitalabfindung. — Abg. Lieching (fortschr. Vpt.) empfiehlt möglichste Vereinfachung des Gesetzes. — Abg. von Trampczinski (Pole) befürchtet, daß die Polen von der Ansiedelung ausgeschlossen werden. Die Politik des preußischen Staates ging immer dahin, die Polen zu bekämpfen. Redner bespricht eingehend die Tätigkeit der preußischen Ansiedlungskommission, die direkt auf eine Verdrängung der Polen gerichtet war. Polnische Gesinnung genügte bereits, um Ansiedlungslustigen vom Grunderwerb auszuschließen. Das vorliegende Gesetz muß deshalb eine Garantie dafür bieten, daß es kein Ausnahmegesetz für die Polen wird. — Ministerialdirektor Lewald gibt namens der Regierung eine Erklärung ab, die besagt, daß keinerlei konfessionelle oder politische Unterschiede gemacht werden sollen. Insbesondere soll den polnischen Kriegsbeschädigten auch die Ansiedelung in ihrer Heimatprovinz ermöglicht werden. In den nicht der deutschen Ansiedelung vorbehaltenen Gebieten steht der Ansiedelung von Polen, auch in geschlossener Siedelung, nichts im Wege. Auch die Kredite der preußischen Rentengutsgesetzgebung sollen ihnen zur Verfügung stehen. — General v. Langermann: Politische oder konfessionelle Unterschiede werden auf keinen Fall gemacht werden. — Abg. Gröber (Zentr.) hält das für selbstverständlich. Die polnischen Soldaten haben heldenmütig für das gemeinsame Vaterland gekämpft, deshalb sollte man jetzt einen Strich machen durch die ganze bisherige Polenpolitik. Das Verlangen der Polen ist völlig berechtigt. In der Erklärung der Regierung ist der Satz zu bemängeln, der von den der deutschen Ansiedlung vorbehaltenen Gebieten spricht. Dieses Gebiet muß genau bezeichnet werden. Die Regierung muß eine deutliche Erklärung geben. — Ministerialdirektor Lewald erklärt, daß er versuchen werde, bis zur zweiten Lesung die gewünschte Erklärung abzugeben. — Abg. v. Trampczinski hält nach den Erfahrungen im preußischen Landtag an seinen Zweifeln fest. Das Gesetz selber muß es ausschalten, daß mit Reichsgeldern nationalpolitische Zwecke verfolgt werden. — Abg. Henke (S. A. G.) findet die Bedenken der Polen sehr berechtigt; er hat die gleichen Bedenken für die Anhänger der Sozialdemokratie. Deshalb muß man sicher gehen bei der Festsetzung der Behörden, denen die Entscheidung übertragen wird. — General v. Langermann versichert, daß bei der Handhabung des Gesetzes keinerlei Willkür walten soll. — Abg. Noske (Soz.): Während des Krieges hat der Reichskanzler mehrmals versichert, daß mit der Politik der Kleinlichkeit gebrochen werden soll. Geschieht das nicht, kommt man wieder auf die alte Polizeiwirtschaft zurück, dann kann man sich auf den schärfsten Kampf gefaßt machen. Die Erklärung des Direktors Lewald ist durchaus nicht befriedigend, den Polen muß die völlige staatsbürgerliche Gleichberechtigung garantiert werden. — Abg. Bauer (Soz.): Ein Recht auf Kapitalabfindung kann nicht geschaffen werden. Daß der Mittelstand sich in einer wenig beneidenswerten Lage befindet, ist richtig, aber durch dieses Gesetz kann das Kreditbedürfnis nicht befriedigt werden. Dazu müssen andere Wege gesucht werden. Die Rente soll ein gewisses Existenzminimum bieten, das nicht aufs Spiel gesetzt werden darf. Redner begründet die Anträge der Sozialdemokraten, die eine genaue Bestimmung darüber, wie die Körperschaften, die beim Grunderwerb mitwirken können. Der Erwerb eines Arbeiters bei einer Genossenschaft muß dem eigenen Grunderwerb gleichgestellt werden. — Abg. Henke begründet seine Anträge, die den Kriegsverletzten eine größere rechtliche Sicherheit bieten und die Kann-Vorschriften durch Muß-Vorschriften ersetzen. Die Kapitalabfindung darf nicht in das Belieben der Militärverwaltung gestellt werden. Abg. Hoch (Soz.) hält das ganze Verfahren der Kapitalabfindung für bedenklich. Zu leicht wird aus der Wohltat ein bitterer Schaden. Wenn das Geld verloren ist, dann muß das Reich doch dem Abgefundenen wieder helfen. Die Versuche, eine Sicherheit zu schaffen, bleiben immer eine recht zweifelhafte Sache. Der einzig gangbare Weg ist die Eintragung einer Sicherheitshypothek, denn sie sichert die Militärverwaltung und bietet dem Abgefundenen die Möglichkeit, wieder in den Genuß seiner Bezüge zu gelangen. Die Einbeziehung der Offiziere ist ganz unmöglich. Wo will man denn das Geld dazu hernehmen? Am besten wäre es, wenn man das Gesetz so gestalten könnte, daß ein Recht auf Abfindung geschaffen würde.

Bei der Abstimmung wurden alle Anträge abgelehnt, mit Ausnahme eines Antrags Giesberts, wonach der Beitritt zu einer gemeinnützigen Genossenschaft dem Grunderwerb gleichzuachten ist.

Zum § 2 wurde der Zusatz beschlossen: Ob die Voraussetzung für die Gewähr einer nützlichen Verwendung des Geldes vorliegt, entscheidet die Landeszentralbehörde oder die von ihr beauftragte Stelle. Wird diese Voraussetzung verneint, so ist dem Antragsteller rechtzeitig unter schriftlicher Mitteilung der Gründe von der Entscheidung der obersten Militärverwaltungsbehörde Kenntnis und Gelegenheit zur Aeußerung zu geben.

Der Kampf der Richtungen in der russischen Sozialdemokratie.

Die Vorgänge, die sich im Anschluß an die Wahlen für die Kriegsindustrieausschüsse in der russischen Arbeiterschaft abspielen, machen es mit jedem Tage sichtbarer, daß der Teil der russischen Sozialdemokratie, der nach außen hin durch das sog. „Organisationskomitee" vertreten wird und der vorwiegend aus Anhängern der sog. „Minderheitsrichtung" (Menschewiki) besteht, von tiefgehenden Gegensätzen zerrissen wird. Auch der andere Teil der russischen Sozialdemokratie, die sog. „Mehrheitsrichtung" (Bolschewiki) blieb während der Kriegszeit von inneren Gegensätzen nicht verschont. Allein dieser Prozeß zeitigte aus Gründen, die mit der Entwicklungsgeschichte einer unter asiatischem Regiment nach modernen Formen strebenden Arbeiterbewegung eng verknüpft ist, im Lager des „Organisationskomitees" tiefere Erschütterungen als bei den Anhängern der Lenin-Richtung, und machte es den auf dem Boden des Internationalismus und des Klassenkampfes stehenden Genossen weit schwerer, den nationalistischen Anwandlungen und der opportunistischen Praxis einer Gruppe von Parteischriftstellern und „Praktikern" entgegenzuwirken. Es kam so weit, daß die ausländischen Vertreter des „Organisationskomitees" die diesen Teil der russischen Sozialdemokratie auf der Zimmerwalder Konferenz repräsentiert haben, offen den Kampf gegen die zersetzenden Einflüsse in den Organisationen und die schwankende Haltung des „Organisationskomitees" aufnehmen mußten. Daß sie hierbei nicht isoliert dastehen, sondern einen beträchtlichen Teil der „Menschewiki" in Rußland hinter sich haben, zeigt ein in Nr. 4 der Nachrichten des auswärtigen Sekretariats des Organisationskomitees veröffentlichter Brief, den ein Genosse im Auftrage der Petersburger Parteiorganisationen an die Genossen Axelrod und Martow gerichtet hat. Wir bringen nachstehend einen Auszug aus diesem Briefe, weil er geeignet ist, die Verhältnisse in den russischen Parteiorganisationen wesentlich deutlicher erkennen zu lassen.

„Mit dem Ausbruche des Krieges," beginnt der Brief, „setzte ein unglaublicher Ideenwirrwarr ein. In dieser Beziehung ist freilich Ordnung und mehr Klarheit eingetreten: die Scheidung in zwei bestimmte Richtungen macht sich von oben bis unten bemerkbar. . . . Und die Entfremdung zwischen den Internationalisten und Nationalisten, oder wie man sie jetzt hier nennt: zwischen den Gegnern und den Anhängern der Landesverteidigung, nimmt mit jedem Tage zu." Die Parteiinstanzen selbst gehen einer klaren Stellungnahme aus dem Wege und vergeblich fordert die Petersburger Organisation (der Menschewiki) vom Organisationskomitee eine Klärung der Lage. Dieses sucht aber einer Entscheidung aus dem Wege zu gehen, einerseits aus Furcht vor einer Spaltung, andererseits weil die Anhänger der „Verteidigung" eine Niederlage befürchten, sobald die Frage im allrussischen Maßstab aufgerollt wird.

„Die Richtungen verteilen sich folgendermaßen: Es kann für das ganze Reich als Regel angenommen werden, daß unter den Intellektuellen, speziell unter den Schriftstellern, die „Verteidigungsidee" vorherrscht. Das gleiche — und sogar noch in größerem Maßstabe — ist leider in der obersten Schicht der fortgeschrittensten Arbeiter der Fall (die zugleich zu den qualifiziertesten und gut bezahlten Arbeiterkategorien gehören). Allein in der breiten Masse der „Menschewiki" hat die „Verteidigungsidee" gar keinen Boden und wird auf das heftigste bekämpft. Auch in Sibirien, im Kaukasus und im Donetzgebiete siedet sie fast oder gar keinen Anklang."

Die Petersburger Organisation hat sich offiziell auf den internationalen Standpunkt gestellt. Bei allen Abstimmungen sprechen sich 75 bis 90 Prozent der Mitglieder gegen die „Verteidigung" aus. Auf denselben Boden stellte sich einstimmig die Konferenz der fünf nördlichen Städte (Petersburg, Moskau, Jaroslaw, Tula, Kaluga) und die südrussische Konferenz (Rostow, Jekaterinoslaw und Donetzgebiet). In Moskau sind zwei Parteigruppen tätig, von denen die eine, die der „Landesverteidiger", die Arbeitergruppe im Moskauer Kriegsindustrieausschuß beeinflußt, der im übrigen nur zwei Sozialisten angehören. Aehnlich liegen die Dinge in Kijew. In Petersburg besteht die Arbeitergruppe im Zentralen Kriegsausschuß aus zufälligen Gründen in der Mehrzahl aus Anhängern der „Verteidigung". Offiziell jedoch spricht sie sich aus Furcht vor den Parteigenossen unklar und gewunden aus.

„Im allgemeinen" — schließt der Brief — „ist die Lage folgendermaßen: die Mehrheit steht zweifellos hinter uns. Wir fordern eine offizielle Stellungnahme der gesamten „Menschewiki". Und wenn das Organisationskomitee hierzu keine Schritte ergreifen sollte, werden wir es selber tun. Eine Spaltung erscheint mir persönlich unvermeidlich: die „Landesverteidiger" werden sich sicherlich nicht unterordnen, sie verhalten sich recht herausfordernd. Wir dagegen werden kaum die Verantwortung für den „Patriotismus" tragen wollen. . . . Wir begrüßen Ihre Haltung und alle Ihre Schritte. Die Petersburger Organisation ist für unbedingten Anschluß an Zimmerwald. Nach meiner Meinung und der unserer Freunde müssen Sie im Bureau bleiben (dieser Passus bezieht sich auf den Genossen Axelrod, der angesichts einer sozialpatriotischen Deklaration des „Organisationskomitees" sein Mandat im J. S. B. niederlegen wollte), Sie müssen sich als die Vertreter der „Minderheitsrichtung" im Auslande betrachten, bis ein kompetentes Organ etwa einen entgegengesetzten Beschluß fassen sollte. . . ."

Aus der Provinz.

Gegen den gemeinsten Feind!

Die im Verkehr mit Lebensmitteln herrschenden Uebelstände haben den preußischen Minister des Innern veranlaßt, erneut darauf hinzuweisen, daß die Polizeibehörden verpflichtet sind, das Publikum gegen Ausbeutung und Ueberverteilung beim Einkauf von Lebensmitteln wirksam zu schützen. Im besonderen wird in dem Erlaß auf die maßlosen Preisforderungen für solche Artikel des täglichen Bedarfs, für welche keine Höchstpreise bestehen, hingewiesen, sowie auf das auffällige plötzliche Verschwinden von manchen Lebensmitteln aus den Verkaufsstätten, sobald Begrenzung der Verkaufspreise angeordnet ist. Die gesetzgeberischen Handhaben zum Einschreiten sind den polizeilichen Organen in den Gesetzen und Verordnungen über Höchstpreise, Wucher, Entfernung unzuverlässiger Personen vom Handel u. a. m. gegeben. Ein voller Erfolg in der Anwendung dieser Vorschriften kann nur durch ein verständnisvolles Zusammenarbeiten der Gemeindevorstände und Polizeiverwaltungen erzielt werden. Die Aufsichtsbehörden sind angewiesen, in diesem Sinne die erforderlichen Anordnungen zu treffen.

Das Amtsblatt des Merseburger Landrats bemerkt hierzu: „Da wir einmal Schutz vor einer Anzahl „braver Volksgenossen" brauchen, nur fest zugegriffen! Von Rechts wegen gehörten die Großwucherer als Hochverräter vor das Gericht und ins Zuchthaus. Das deutsche Volk wird auch durch das über alle Grenzen schmutzige Buchern nicht gefährdet, aber manchen einzelnen muß es vernichtend treffen, und der Strick aus deutscher Hand ist nicht sanfter, als es der aus englischer oder russischer Hand wäre. Darum hat man das Recht, daß unsere allergemeinsten Feinde unschädlich gemacht werden!"

Goldfunde in Thüringen.

Der Erfurter Tribüne wird geschrieben: Im Bergbaugebiet des südöstlichen Thüringen sind der Gewerkschaft Emilienglück im Bezirk Gräfenthal für Felder auf gold-, platin-, silber- und kupferhaltige Schwefelerze und der Eisenbergs-Gesellschaft Maximilianshütte in den Gemarkungen Schmiedefeld und Taubenbach ein Feld auf Gold- und Silbererze verliehen worden. Ob es sich hier um neue Fundprodukte handelt oder um Verleihungen, die auf alten verlassenen Bergwerken erfolgt sind, läßt sich, schreibt der Prometheus, aus der Veröffentlichung der Verleihung nicht erkennen. In Schwarzatal und einigen Nebentälern, wo ein umfangreicher Seifenbergbau stattfand, hat auf einigen Quarzgängen, die das Gold als wichtiges Freigold oder als minimalen Bestandteil von Kupfer- und Schwefelkies enthalten, ein Goldbergbau stattgefunden, der bis zu den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts stets in großen Zwischenräumen wieder aufgenommen wurde, obwohl die Ausbeute die Kosten der Gewinnung nicht eingebracht hat. Ob es jetzt durch die Fortschritte der Technik und die genaue Kenntnis der Natur der Goldlagerstätten, die wir dank der Arbeiten von Bildorffs besitzen, möglich sein wird, die Goldlagerstätten Thüringens mit Gewinn abzubauen, müssen erst eingehende Untersuchungen zeigen.

Sammelt Brombeerblätter!

Jetzt ist gerade die richtige Zeit, sie zu sammeln, denn jetzt kommen sie, von der Frühlingssonne geweckt, hervor, und die jungen Brombeerblätter können zur Bereitung eines aromatischen und bekömmlichen Getränks benutzt werden. Sie werden in scharfer Sonne oder, da diese jetzt noch selten zu haben ist, auf reiner heißer Herdplatte sehr bald nach dem Abpflücken getrocknet. Werden sie trocken aufbewahrt, so halten sie sich einige Zeit und können dann in derselben Weise wie echter Tee aufgebrüht werden.

Delitzsch. Eine Fleischbestandsaufnahme ist vom Magistrat für den hiesigen Stadtbezirk auf den 6. Mai angeordnet worden. Hoffentlich gelingt es dabei die Hamster aufzustöbern.

Eilenburg. Fleischmarken. Bei der letzten Brotkartenausgabe sind auch Fleischmarken zur Ausgabe gelangt. Fleisch und Wurst darf künftighin nur noch gegen Abgabe der Fleischmarken an die Einwohner der Stadt verabfolgt werden. Die Landbewohner haben die vorgeschriebene Bescheinigung ihres Gemeindevorstandes abzugeben. Die Fleischmarken sind von den Fleischereien und Fleischwarenhändlern zu sammeln und jeden Sonnabend an den Magistrat abzuliefern. Nach abgelieferten Fleischmarken wird künftighin auch die Schlachtviehüberweisung erfolgen. Als Fleisch gilt auch das Fett und die Leber, nicht aber die abgeschälten Knochen und die Därme.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219160504-18/fragment/page=0003

Knochen und Därme sind also ohne Fleischmarke zu verabfolgen.

Wittenberg. Die Ausfuhr von Rindvieh, Kälbern, Schweinen und Schafen, lebend oder geschlachtet, aus dem Kreise Wittenberg bedarf nach einer Bekanntmachung des Landrats vom 8. Mai der Genehmigung des Vorsitzenden des Kreisausschusses.

— Vor dem Schöffengericht hatten sich die drei Arbeiter Röther, Muth und Schmieder wegen eines Lederdiebstahls in der Prühlitzer Lederfabrik zu verantworten. Während die beiden anderen streiten, gibt Schmieder den Tatbestand zu, wonach M. das von ihm gestohlene Leder im Werte von zirka 30 Mk. an Sch. weitergab, so daß Muth mit zwei, Schmieder mit einer Woche Gefängnis bestraft werden; Röther, der nur wegen Hehlerei angeklagt war, wird dagegen freigesprochen.

Pieskerig. Metalldiebstahl. Beim Mitnehmen von etwa 50 Pfund Kupferdraht, Kupferplatten und Messinglager von Maschinen wurde am Montag früh ein Arbeiter auf den Sprengstoffwerken in Reinsdorf beobachtet. Der Fabrikwächter ließ ihn unauffällig verfolgen und in der Nähe der Stadt festnehmen, wo er dem Amtsgericht zugeführt wurde. Er gab an, die Sachen gefunden zu haben, mußte aber zugeben, daß er dieselben verkaufen wollte.

— Unglücksfall. Der aus Hannover stammende Arbeiter Emil Schröder, 67 Jahre alt, stürzte aus beträchtlicher Höhe von einem der Neubauten der Reichsstickstoffwerke ab und zog sich dabei innerliche Verletzungen zu, die seine Ueberführung in das städtische Krankenhaus notwendig machten.

Allerlei.

Brände in industriellen Anlagen Frankreichs haben sich in letzter Zeit in auffälliger Weise mehrfach ereignet. Petit Parisien zufolge vernichtete in Nantes Großfeuer ein großes Hanflager und ergriff auch die benachbarten Speichergebäude, wobei sehr beträchtlicher Schaden verursacht wurde. Matin meldet, daß in Billancourt ein Brand von äußerster Heftigkeit ausbrach, der eine Kautschukfabrik mit den gesamten Baulichkeiten und Lagern bis auf die Grundmauern niederlegte. Der Schaden beträgt [illegible] auf [illegible] Frank. Humanité und andere bezeichnen eine Brandkatastrophe in einer Zelluloidfabrik in Belleville, wo ebenfalls bedeutender Schaden angerichtet wurde. Die Entstehungsursachen sind überall unbekannt.

Unwetter im Fuldatale. Schwere Unwetter tobten Dienstag abend im Fuldatale. An vielen Orten standen die Wassermassen 50 bis 60 Zentimeter hoch in den Dorfstraßen, drangen in die Keller, Ställe und Ställe, überall großen Schaden anrichtend. Besonders groß ist der Schaden auf Fluren und Aedern. In Sterbfritz schlug der Blitz in einen mit Frucht beladenen Wagen und tötete den Knecht, sowie ein wertvolles Ochsengespann.

Amtliche Wetteransage.

Mitgeteilt von der Wetterdienststelle Ilmenau.

Freitag, den 5. Mai: Ziemlich heiter, warm, Fortdauer der Gewitterneigung.

Walhalla-Theater
Anfang 1/8 Uhr. 458
Grösster Erfolg! Noch 5 Tage! **Die spanische Fliege.**

Nächsten Sonntag in Olympia-Park: Radrennen!
— 70 Kilometer-Rennen hinter Riesenmotoren. —
Flieger-Rennen. 20 Flieger! Konzert von 2 Kapellen!
Kleine Preise! 454 Park: Eintrittfrei!

Pfälzer Schiessgraben
im grossen Konzertgarten täglich: 425
Grosse patriotische Musik-Konzerte.
Eintritt frei! Eintritt frei!
Mittwoch und Sonntag von 2½ Uhr ab.
Ergebenst ladet ein Karl Henkelmann.

Neue Kapelle! **Oberpollinger** Neue Kapelle!
Jägergasse 1. Ecke Gr. Ulrichstr.
Täglich **grosse Künstler-Konzerte** 3 Damen, 2 Herren.
Eintritt Wochentags frei!
Ergebenst ladet ein 35 Frau Elsa Beth.

St. Nicolaus-Saal, Nicolaistr. 9—11.
Freitag, d. 5. Mai, nachm. 4 u. abends 8 Uhr:
Zwei große Vorträge:
Wie vermag die prakt. Hausfrau in der jetzt. Kriegszeit am vorteilhaftesten die Frage des Waschtags zu lösen?
Verbunden mit Vorführung der allerneuesten und billigen Hand-Waschmaschine „Stuco" mit der eine grosse Hauswäsche innerhalb 15 Minuten tadellos sauber wird.
Eintritt frei für jedermann. *149
Stuco spart 50 % Seife! Kein Seifenmangel mehr!

Zentral-Verband der Zimmerer,
451 Zahlstelle Halle a. d. S.
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unsere Versammlung erst am Sonntag, d. 14. Mai, stattfindet.
Der Vorstand.

„Nordsee"
Große Ulrichstraße 58,
Telephone: 1274 und 1275. 457
Seefische auch bei Hitze tadellos frisch!
Täglich frische Zufuhren.
Schellfisch zum Kochen . . . . . Pfund 70 Pf.
Pillgen . . . . Pfund 58 Pf. | Knurrhahn . . Pfund 58 Pf.
Bratschellfisch . . . Pfd. 68 Pf. | Angelschellfisch . . Pf. 88 Pf.
Kabeljau o. Kopf, Pfd. 115 Pf. | Schellfisch o. Kopf, Pfd. 115 Pf.
— Rotzungen, lebende Aale —
Ferner empfehlen:
Feinste Gewürz-Anchovis . . . . . ¼ Pfund 18 Pf.
Prima Hering in Gelee große Stücke . . ½ Pfd. 50 Pf.
Fettheringe in Tomatensauce Dose ¾ Pfd. schw. 88 Pf.
Räucherwaren täglich frisch.

Jugendschön 303
wird das Gesicht bei Gebrauch meines Schönheits-Wiederherstellers D.-R.-G.-M. Falten, Pickeln, Mitesser, sowie graue und gelbe Haut verschwinden in kurzer Zeit. Hohle Wangen werden durch atmosphär. Druck herausgesaugt. Vorzügl. erprobt u. empfohlen. Preis 4.50 Mark.
Nur Damenbedienung. Sanitas-Depot, Leipzigerstr. 11, p. Kein Laden!

Echte Rosshaar-
Stubenbesen,
sehr billig. 458
C. F. Ritter, Leipzigerstrasse 90.
Mitglied des R.-Sp.-Vereins.

Achtung, Hausfrauen!
Zahle für wollene Strumpfabfälle
höchste Tagespreise,
sowie: Lumpen, Metalle, Knochen und Eisen höchste Preise; hole auf Wunsch auch selber ab. 357
Zahle auch für gebr. Säcke jeder Art höchste Tagespreise.
Paul Günther, Taubenstr. 3, Hof hinten links.

Knaben- und Mädchen-Bekleidung.
Mädchen-Turnkleider nach Vorschrift.
Sweaters. Anzüge für Mädchen / Anzüge für Knaben für das Alter bis zu 12 Jahren. Kopfbedeckungen.
in Woll- und Waschstoffen.
Original Kieler Knaben- und Mädchen-Kleider.
50
Fernruf 6292.
Weddy-Pönicke
459 Halle a. d. S., Leipzigerstrasse 6.

Beginn 4 Uhr.
Passage-Theater. Fernsprecher 1224.
Tote Augen
Mimisches Drama in 3 Akten.
Hauptdarsteller:
Olaf Fönss.
Herrische Liebe
Dramatische Szene in 3 Abteilungen.

Astoria-Lichtspielhaus. Fernsprecher 5738.
Nach dem Sensationsprozess aus „Collins Tagebuch"
Leben um Leben!
Das Ende einer Tragödie in einem Vorspiel und 4 Akten.
In der Hauptrolle:
Erich Kaiser-Tietz.
Fritzis neuer Beruf
Lustspiel in 2 Akten.

Ausserdem in beiden Theatern: 455
Die neuesten Kriegsberichte u. der übrige Spielplan.
Vom 5. bis 11. Mai.

Zigarren, Zigaretten und Tabake
in grosser Auswahl
empfiehlt
Ed. Jungmann,
Thomasiusstrasse 26-28, Ecke Rud. Baumstraße.

Kursbücher empfiehlt die **Volksbuchhandlung,** Halle (S.), Harz 42/44.

*78 Wir suchen
1 Kesselschmied, 1 Werkzeugschlosser, 1 Dreher
für dauernde Beschäftigung bei gutem Lohn.
Landsberger Maschinenfabrik, Aktiengesellschaft, Landsberg, Bezirk Halle a. d. S.

Bad Wittekind.
Freitag, 5. Mai 1916, nachmittags 3½ Uhr:
Kur-Konzert
vom Stadt-Theater-Orchester.
Leitung: 452
Kapellmeister Karl Röhren.
Eintrittspreis pro Person 85 Pf.

Kaiser-Saal,
Grosse Steinstrasse 24.
G. Slevogt. 450
Ab Montag
Wiener Damen-Salon-Orchester. Neu! Neu!
6 Damen und 2 Herren.
Prima Musik! Eintritt frei!
In Vorbereitung:
Gr. Frühlings-Fest.

Zöpfe
von 2 Mark an, 3, 4, 5, 6, 9, 12, 16, 18 bis 20 Mark und über 1 Meter lang, 10% Rabatt. Versand nach Einsendung einer Haarprobe. Alle Ersatzteile in grosser Auswahl. 456
Kopfwäsche
mit Teerseife und Seife
80 Pfg.
Zopf-Siebert,
Halle a. d. S., nur Leipzigerstr. 33 u. 79, 1. Größtes Spezial-Haar-Geschäft der Provinz Sachsen.

Brotschneidemaschine
„Martha"
sparsamer Brotverbrauch, grösste Sparsamkeit, 7 Mark. 458
C. F. Ritter, Leipzigerstrasse 90.
Mitglied des R.-Sp.-Vereins.

Fahrräder, Nähmaschinen
u. Pfandscheine kauft z. hoh. Preisen 433
H. Schindler, Kl. Ulrichstr. 35.

Futterrüben
verkauft *147
Paul Otto,
Königstraße 71.

Echte Briefmarken
aller Länder billigst.
Volksbuchhandlung

Arbeitsmarkt

O. Heimsath u. Sohn
Schneidermeister
Steg 19. Steg 19.
empfehlen sich in allen, in ihrem Fach vorkommenden
:: :: Arbeiten. :: ::
Auch
Damenkostüme
werden sauber und billig angefertigt. 239 D. O.

Für grosse Verwaltung wird jüngerer **Hausmeister** gesucht, der gedient hat, verheiratet ist u. mit Gartenarbeiten Bescheid weiss. Offerten unter Nr. B. B. 0192 an Rud. Mosse, Halle. *148

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219160504-18/fragment/page=0004

Halle, 4. Mai.

Unterhaltungs-Beilage

des Hallischen Volksblattes.

Nummer 104 — 1916

4]

Die Rheider Burg.

Erzählung von Levin Schücking.

„Es war der Mann," fragte Sibylle, „um den Ihr früher Eure Heimat verließet und Euch nach Batavia zu gehen entschlosset?"

„Derselbe, den ich ins Wasser warf. Und wie ich ihn mit großen Augen anstarre, sieht er mich wieder an, sein Gesicht verzieht sich, er wendet es rasch ab, und dann wendet er es mir wieder zu, als ob er seiner Sache gewiß werden wolle. Dabei zuckte etwas um seinen Mund, just wie's der Teufel macht, wenn er wahrnimmt, daß ihm eine arme Seele ins Garn gegangen ist. Und damit ist der Trotz an uns vorüber geritten. Ich lasse die Wache die Gewehre absetzen, und da grad' ein paar Reitknechte, die den Herren folgen, herangeritten kommen, trete ich an den einen heran und frage ihn nach dem Obersten in der Guidenuniform. Der ist Flügeladjutant beim Herrn Großherzog, sagte der Reitknecht. Nun wußt' ich genug. Auch was ich zu tun und zu lassen hatte. Als wir am andern Tag abgelöst wurden, ging ich in mein Quartier, schnürte mein Bündel und gab's einem Jungen, mir's zur Stadt hinaustragen. Und dann, als es dunkler Abend geworden war, da ging ich meinem Bündel nach, und nun sind wir alle beide da, das Bündel dort hinter der Wallhecke und ich hier."

„Das ist also Eure Geschichte," sagte Sibylle nachdenklich. „Es mag so sein, wie Ihr sagt, aber es mag auch noch mancherlei dabei sein, was Ihr nicht sagt!"

„Und weshalb glaubt Ihr das?"

„Weil Ihr doch sonst wohl abgewartet hättet, ob denn der Oberst gegen Euch noch etwas Böses im Schilde führte und die Stellung, die er beim Großherzog einnimmt, dazu mißbrauchen würde."

Johannes der Deserteur zeigte ein bitteres Lächeln um seinen Mund mit den festen verkniffenen Lippen und sagte: „Es wäre darüber vielleicht zu spät geworden, meine werte Demoiselle, über dem Abwarten. Ich kenne meine Leute und kenne den Herrn! Nein, nein, es war besser, daß ich nicht wartete und ging. Und das habe ich getan, und in den Bergen drüben habe ich den Spielmann hier getroffen, der hat mir Hoffnung gegeben, Ihr würdet mir helfen, auf die Seite zu kommen. Zum Weiterreisen habe ich kein Geld und keine Papiere, und es wird heutzutage überall scharf aufgepaßt."

„Der Spielmann," antwortete Sibylle, „ist sehr kühn, daß er solche Versprechungen macht."

„Ich habe Euch immer als eine gute bergische Patriotin gekannt, Sibylle Ritterhausen," fiel Spielberend ein, „es ist ein Landsmann und den Franzosen dreht Ihr eine Nase damit."

Sibylle betrachtete noch einmal den Deserteur. Es war etwas in dem Menschen, das mit Mißtrauen erfüllen konnte, seine kecke Physiognomie, sein beinahe frecher Blick. Seine bestimmte scharfe Weise sich auszudrücken, gefiel dagegen Sibyllen wieder. Sie sagte: „In unserem Hause, auf unserem Hammer können wir Euch nicht gebrauchen. Ich will auch weiter nichts mit Euch schaffen haben. Aber ich will Euch einen Schlupfwinkel zeigen, in welchem Ihr vor allen Nachforschungen sicher seid und bleiben könnt, bis Ihr glaubt, sicher über die Grenze kommen zu können."

„Nun, wenn Ihr das wolltet, so ist's auch schon des Dankes wert!"

„Den Dank erwart' ich auch . . . den, daß Ihr später niemand verratet, wer . . ."

„Darauf verlaßt Euch . . . schweigen kann der Johannes!"

„So holt Euer Bündel und folgt mir!"

Der Mann ging, um zu tun, was das junge Mädchen ihm befohlen; Sibylle stand auf und schritt durch die alten Steinpfeiler voran, dem Edelhofe zu, dessen Mauern vor ihr durch das Gebüsch schimmerten. Der Deserteur mit seinem Bündel in der Hand hatte sie bald eingeholt; auch der Spielmann mit seiner Geige im Sack folgte ihr. Die Dogge lief voran.

So schritt die Gruppe über einen auf dem Plateau des Berges liegenden Rasenplatz, auf welchem friedlich eine an einen Pflock gebundene Ziege weidete. Vor ihnen erhob sich dieselbe Seite der Rheider Burg, welche man vom Hammer aus erblickte, die mit den zwei Ecktürmen und den Erkern. Das Gebäude sah in dieser Nähe nicht mehr so imposant aus, wie es sich von unten, vom Tale her darstellte, und der große Verfall, der überall daran genagt und verwüstet hatte, wurde jetzt erst recht sichtbar. Dagegen hatte man von dem Platze vor dem Gebäude eine unvergleichliche Aussicht über die Windungen des Flusses durch das enge Bergtal und über die Höhen zu seinen beiden Seiten, die mit schönem Laubholz bestanden und durch einzelne Ansiedlungen mit Aeckern und Wiesen durchsprenkelt waren.

Sibylle wendete ihre Schritte dem viereckigen Turme zur Linken zu, an dessen Fuß eine schmale spitzbogige Tür ins Innere führte. Die Tür war von Eichenholz, fest und schwer gezimmert, aber die Zeit hatte alle Farben heruntergewaschen und die Sonne und Dürre hatten zahllose Spalten hineingerissen. Sie führte in ein gewölbtes Souterrain, an welches sich eine ganze Reihe ähnlicher hallenartiger, aber dumpfer und feuchtkühler Räume schloß, in denen es leer und öde aussah. Starke Gittertüren trennten sie voneinander ab, keine derselben jedoch war verschlossen und hemmte den Schritt Sibyllens, die ihre Begleiter bis in den letzten dieser Räume führte. Hier wurden zwei Treppen sichtbar, eine breite, bequem aus Steinplatten aufgebaute, die links in einen Korridor hinausleitete, und eine andere schmale, hölzerne Wendeltreppe, welche in der äußersten Ecke sich zwischen runden Turmmauern hinaufwand, den kleinen runden Turm füllend, welchen man von außen an der rechten Seite des Gebäudes wahrnahm.

Sibylle blieb hier stehen.

„Spielberend," sagte sie, „Ihr könnt dort die Treppe hinaufgehen zum alten Claus und ihm sagen, daß ein Gast in die Rheider Burg gekommen wäre, den er verpflegen möge, um der Ehre des Hauses willen."

„Und gegen richtige Bezahlung," fiel der Deserteur ein. „Ich verlange nichts umsonst."

„Das mögt Ihr mit dem Hausmeister abmachen," versetzte Sibylle. „Also geht, Spielberend, dort links hinauf. Ich steige mit dem Mann unterdes diese Wendeltreppe empor und zeige ihm oben eine Kammer, wo er bleiben kann und sicher ist, nicht gefunden zu werden. Das ist alles, was ich für ihn tun kann. Geht voraus! — Ihr, Johannes!"

Der Deserteur folgte ihrem Winke und schritt die Wendeltreppe hinan, die unter seinen schweren Tritten heftig erknarrte. Sibylle folgte ihm, ihre Dogge dicht neben sich.

Spielberend blieb eine Weile stehen; dann trat er der Wendeltreppe näher und versuchte leise auftretend und ungehört zu folgen. Er war ohne Zweifel neugierig zu erfahren, in welchem Verstek da oben das junge Mädchen den Fremden unterbringen wollte. Aber die alte Holztreppe war ein verräterisches Ding. Trotz aller Behutsamkeit, die Spielberend anwandte, gab sie alle möglichen Töne von sich, sie knirschte, kreischte, ächzte . . . Spielberend fand für gut, von dem Versuch abzustehen, und darum ging er zurück und schritt die breite steinerne Stiege hinauf, wohin ihn Sibylle Ritterhausen gewiesen hatte.

Als der Spielmann oben war, stand er in einem mit steinernen Platten belegten Gang; zu seiner Linken führte eine ähnliche Treppe wie die, welche er emporgestiegen, zwischen zwei Mauerwänden in das höhere Stockwerk hinauf; ihm gegenüber zeigte sich die doppelflügelige große Haustür, die auf den vordern Hof hinausführte; rechts und links von derselben ließen große spitzbogige Fenster das Tageslicht ein, während ihnen gegenüber dunkelgebohnte Türen in innere Räume führten. Auf den leeren Wandflächen waren hier und dort mächtige Hirsch-, Elen- oder Damtiergeweihe angebracht. In den Fenstern zeigten sich gebrannte Scheiben mit grellfarbigen, vortrefflich erhaltenen Wappen.

Es war totenstill in dem Korridor und die Wände echoten hohl den einsamen Schritt des Spuffehers nach, als er, nach links gewandt, den Gang hinabschritt, um an der letzten Tür stehen zu bleiben, eine Weile still vor derselben zu horchen und dann leise anzuklopfen.

„Ein heiseres „Herein!" antwortete ihm aus dem Innern, und als er eintrat, wurde er sehr lebhaft von zwei guten alten Freunden bewillkommnet, denen er nach kurzer Zeit einen vierten im Bunde vorstellen konnte. Denn sehr bald nachher trat, von Sibylle zurechtgewiesen, auch Johannes über die Schwelle.

(Fortsetzung folgt.)

Das Stadt-Theater im 2. Kriegsjahre.

Ein Rückblick auf die Spielzeit 1915/16.

I.

Das deutsche Theaterleben hat sich aus der Verwirrung und Unsicherheit, in die es in materieller wie ideeller Hinsicht unmittelbar nach Ausbruch des Krieges geraten war, verhältnismäßig rasch wieder in einigermaßen normale Bahnen zurückgefunden. Durch die Not der Zeit dazu gezwungen, hat man sich auch hier den Kriegsverhältnissen schlecht und recht anzupassen verstanden, und im zweiten Kriegsjahre würde sich der Theaterbetrieb nur wenig von dem der Friedenszeit unterschieden haben, wenn nicht bei jeder Vorstellung die verwundeten feldgrauen Theaterbesucher immer wieder an den Krieg mahnten. Die üble Art des ersten Kriegshalbjahres, uns im Theater durch Vorführung sogenannter Kriegspossen von dem klobigen Kaliber des Immer feste drauff u. dergl. abgeschmackter Zerrbilder vom Kriege der „großen Zeit" „innerlich" näher zu bringen, hat sich ja glücklicherweise bald abgewirtschaftet. Und nichts ist bezeichnender für diese traurige Geschmacksverirrung, der manche angesehene deutsche Bühne vorübergehend verfallen war, daß fast zugleich mit ihr die Frage auftauchte, ob man während des Krieges wohl noch — Shakespeares unsterbliche Werke aufführen dürfe! . . . Auch von diesem blinden und wahllosen Haß gegen alle ausländischen Literaturerzeugnisse hat man sich, zur Ehre der deutschen Kultur, erfreulicherweise noch rechtzeitiger wieder freigemacht, als das die in den ersten Kriegsmonaten herrschende Geistesverwirrung erhoffen ließ.

Ungleich größer als die literarischen „Sorgen" waren die finanziellen und die sonst durch den Krieg bedingten Schwierigkeiten, die auch im zweiten Kriegsjahre noch die Aufrechterhaltung so manches Theaterbetriebes äußerst erschwerten. Der durch die Kriegsverhältnisse verursachte schwächere Theaterbesuch bedeutet naturgemäß verminderte Einnahmen der Theater. In erster Linie sind es die Bühnenangestellten, die darunter am schwersten zu leiden haben. Viele von ihnen hat der Krieg fristlos gemacht, ein großer Teil wieder erhält mit der sogenannten „Kriegsgage" eine Bezahlung, die zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel ist. Wie unbarmherzig und rücksichtslos hier manche Theaterunternehmer verfahren, dafür wurden ja auf der letzten Delegiertenversammlung der Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger wieder eine Reihe von Beispielen angeführt, die das sprichwörtliche graue Elend der modernen Bühnensklaven in den düstersten Farben erstehen ließen. Es waren wenig erbauliche Dinge, die da über die Gagenverhältnisse der Schauspieler zur Sprache gebracht wurden, und die Rede des Vorsitzenden der Genossenschaft, Gustav Rickelt, über die Erfahrungen der Genossenschaft mit den einzelnen Theatern während der Kriegszeit wuchs sich zu einer leidenschaftlichen Anklage aus. Die große Masse der Schauspieler befände sich seit Ausbruch des Krieges, so wies Rickelt nach, in schlimmster Lage. Eine sehr große Anzahl Theaterdirektoren habe es offen ausgesprochen: Die Kriegszeit sei die günstigste Gelegenheit, um die Gagen der Schauspieler dauernd, auch für die Zeit nach dem Kriege, herabzusetzen. Sehr viele Schauspieler seien infolge des Krieges auf die Straße gesetzt oder erhalten eine Gage, bei der sie sich nicht sattessen können. Dazu gehörten selbst Hoftheater und von den städtischen Gemeinden unterstützte Theater. Im Stadttheater zu Kiel seien sämtliche Gagen um 75 Prozent herabgesetzt worden. Der Direktor habe sich in der Bilanzaufstellung 10 800 Mk. Gage für seine Bemühungen berechnet; wirklichen Künstlern zahle er 140 Mk. monatliche Gage. Ganz ähnliche Verhältnisse herrschen beim Volkstheater in Wien, beim Volkstheater in München, ja selbst beim Hoftheater in Meiningen. In diesem seien sämtliche Schauspieler bis auf den Direktor gekündigt und ihnen anheimgestellt worden, zu Kriegsgagen zu spielen. In Würzburg erhalten die Kapellmeister des Stadttheaters, Künstler ersten Ranges, seit Kriegsausbruch 100 bzw. 60 Mk. monatlich. Beim Stadttheater in Aachen zahle der Direktor, der einen glatten Reingewinn von 30 000 Mk. jährlich erzielt habe und selbst eine Million Vermögen besitze, seinen Schauspielern und Schauspielerinnen geradezu Hungerlöhne. Als eine Anzahl Schauspieler um Aufbesserung der Gagen bat, habe der Direktor höhnisch erklärt: „Wenn ihr mit eurer Gage nicht auskommen könnt, dann freßt meinetwegen Gras." (Große anhaltende Bewegung.) Auch bei den Hoftheatern in Dresden und in Darmstadt herrschten böse Zustände. Dabei machten die Theaterdirektoren trotz des Krieges im allgemeinen geradezu glänzende Geschäfte. Es sei nirgends ein Theaterzusammenbruch vorgekommen.

Sehr viel Schuld an diesen Zuständen wird — mit Recht — der Trägheit und dem Mangel an Einigkeit unter den Schauspielern zugeschoben. Köhlife verspricht man sich von dem in Aussicht stehenden Reichs-Theatergesetz. In einer angenommenen Entschließung wurde der Protest gegen die willkürliche Gagenkürzung mit dem Hinweis auf den Umstand begründet, daß sich der Geschäftsgang der Theater schon geraume Zeit in nichts von dem der Friedenszeit unterscheidet. . . ."

Die Notschreie der Bühnenangehörigen sind so alt wie das Theater selbst, und sie werden erst verstummen, wenn die Theaterbetriebe nicht mehr gewinnbringende kapitalistische Unternehmungen, sondern Stätten sein werden, wo sich einzig und allein die Kunst in den Dienst der Volksbildung und des Volksganzen stellt!

Es ist heute nicht an der Zeit, die Wege aufzuzeigen, die in diese schönere Zukunft führen; wo immer sich Gelegenheit bot, haben wir unseren grundsätzlichen Standpunkt zu all diesen Fragen stets wiederholt ausführlich begründet. —

Hält man sich indes an das gegenwärtig Gegebene und Mögliche, so ist im besonderen über die letzte Kriegsspielzeit des Hallischen Stadttheaters manches Erfreuliche zu berichten. Mit Beginn dieser Spielzeit ging die Leitung des Stadttheaters aus den Händen des Direktors Richards in die Leopold Sachses über. Soweit sich über die achtmonatige Tätigkeit des neuen Theaterleiters in Halle schon jetzt ein Urteil fällen läßt, darf sie als ein neuer Abschnitt, als ein künstlerischer Fortschritt und Aufschwung in der Hallischen Theatergeschichte angesprochen werden. In einem Rückblick auf die Spielzeit, den wir am Schlusse folgen lassen, berichtet die neue Theaterleitung über ihre Tätigkeit. Wie in diesem Ueberblicke hervorgehoben wird, stand die neue Leitung bei der Uebernahme des Theaters vor mannigfachen Schwierigkeiten, die sich im Laufe der Spielzeit noch steigerten, und gegen manche widrige Umstände galt es anzukämpfen und sie zu überwinden. Das muß bei der Beurteilung der Tätigkeit und der Leistungen der neuen Theaterleitung berücksichtigt werden. Und da ist von vornherein anzuerkennen, daß Leopold Sachse mit Erfolg bemüht gewesen ist, das Theater nach jeder Richtung hin künstlerisch zu heben. Als ein besonderes Verdienst ist es ihm anzurechnen, daß es ihm, der vielen Schwierigkeiten zum Trotze, gelang, den Aufführungen jene künstlerische Einheit und Geschlossenheit zu geben, die allein die möglichst restlose Ausschöpfung und Vermittlung des Gehalts eines Bühnenwerkes gewährt und die man früher so vielfach vermißte. Diesem vornehmsten Zwecke machte er als vornehm empfindender Künstler und erfahrungsreicher, umsichtiger Bühnenpraktiker alle technischen und künstlerischen Hilfsmittel dienstbar und brachte so manche abgerundete, künstlerisch ausgeglichene Vorstellung zustande. Dieser künstlerische Geist waltete sowohl im Schauspiel wie in der Oper, und den leitenden Kräften ward er hier zur Richtschnur. Mit einer Aufführung von Goethes Faust wurden diese künstlerischen Bahnen vorgezeichnet und im allgemeinen während der Spielzeit auch eingehalten. Was nicht eben leicht war, denn die unter Richards Leitung an „überragende Leistungen" eingelnse Kräfte, an das sogenannte „Starsystem", gewöhnten Theaterbesucher mußten erst zu der neuen Auffassung erzogen werden. Auch in literarischer Beziehung war — und ist noch! — manche Erziehungsarbeit zu leisten. Was der wahre Kunstfreund als einen wirklichen Gewinn und Fortschritt begrüßt, nämlich das Verschwinden der faden, blöden modernen Tanzoperette, der plumpen Kriegspossen und seichten und oberflächlichen Unterhaltungsstücke vom Spielplane, mag bei manchem geistig genügsamen Theaterbesucher Mißfallen und Verdruß erregt haben. . . . Hoffentlich läßt sich die Theaterleitung durch derartige „Verstimmungen" in ihrem Streben, nur möglichst literarisch wertvolle Werke aufzuführen, nicht beeinflussen und hält auch künftig an der eingeschlagenen Richtung fest. Unterläuft ihr dann, wie auch in der letzten Spielzeit, mitunter einmal ein literarisch minderwertiges Bühnenerzeugnis, so empfindet man das wohl doppelt schmerzlich, aber es läßt sich immerhin entschuldigen

Kleines Feuilleton.

Interessante Funde auf dem Schlachtfelde.

Ingenieur Knauer, der als Befestigungsbauleiter seit Kriegsbeginn auf dem östlichen Kriegsschauplatze tätig gewesen ist, schreibt dem Berliner Tageblatt:

Die im gegenwärtigen Kriege so notwendig gewordenen Anlagen von Befestigungen unter der Erde, Schützen-, Lauf- und Deckungsgräben, Unterstände und Unterschlüpfe, die selbst durch Einmeißeln in Felsen hergestellt wurden, haben dem Weltkrieg den bezeichnenden Namen „Maulwurfskrieg" eingetragen. Bei den im Durchschnitt bis zwei Meter tiefen, oft mit großen Schwierigkeiten verknüpften Ausschachtungen werden häufig Dinge zu Tage gefördert, durch die selbst Kameraden einfacherer Art veranlaßt wurden, angestrengt in ihren Schulerinnerungen nachzusuchen, um sich über die Merkwürdigkeiten klar zu werden.

In ostpreußischen Schützengräben fanden wir zu tausenden und abertausenden walzige oder pfeilspitzartige, fingerähnliche und glänzend bräunliche Kegel bis zu 20 Zentimeter Länge, vereinzelt auch bis zu 60 Zentimeter lang. Im Volksmunde heißen sie „Donnerkeile, Blitzsteine, Wettersteine, Teufelsfinger und Fingersteine". Es sind Reste einer ausgestorbenen Sepiaart, die in Ostpreußen einst in ungeheuren Mengen vorkam und die häufig in der Kreide- und Juraformation gefunden wird. Oft stießen wir auf Stücke versteinerten Holzes, bis zu 40 Zentimeter lange Scheite, die deutlich die Struktur meist von Buchenholz und in vereinzelten Fällen von Eschen- oder Eichenholz zeigen. Fast durchweg war die natürliche Farbe erhalten; die Versteinerung war nur daran zu erkennen, daß sich die Stücke kalt wie Eisen anfühlten und schwerer waren als gleich große Stücke Eisen, Blei oder Stein.

Nicht selten gab es viele Zentner schwere Steinblöcke aus Graphit und Basalt, die zur Beschleunigung der Arbeiten gesprengt werden mußten; es waren exotische Blöcke. In schwerem, vielfach mit Kies durchsetztem Lehmboden beobachteten wir auch noch in Entwicklung begriffene Steine, sogenannte Farb- und Knetsteine. In der Erde waren sie oberfarben oder blau und gaben Farbstoff her. Frisch gefunden, ließen sie sich kneten wie Wachs oder Kitt. Aber schon nach einigen Tagen wurden sie hart und gaben an Festigkeit anderen Steinen nichts nach. In stark mit Kies durchsetztem Lehmboden fanden wir ferner zahlreiche versteinerte Seeigel und Versteinerungen und Steinabdrücke von Krabben, Krebsen, Fischen und Seesterne. In demselben Boden gab es auch größere und kleinere Stücke Bernstein.

Einige Versteinerungen, die unter dem Einflusse der Luft zerbröckelten, und die 50 bis 80 Zentimeter lang waren, sprach man als Mammutzähne an. Bei dem einen vorgefundenen Stück dieser Art betrug der Durchmesser annähernd 22 Zentimeter; es war etwa 80 Zentimeter lang, zylindrisch, sich nach dem einen Ende etwas verjüngend und schwach gebogen. Es war der Länge nach schon durchlöchert und stark zerfetzt und zerbröckelte langsam, nachdem es längere Zeit an der Luft gelegen hatte und der feuchten, naßkalten Temperatur ausgesetzt war. Nicht selten deckten wir auch gut erhaltene, prachtvolle Elchschaufeln und Kopfskelette mit umverfehrten Zähnen von Elchen auf.

In der Gegend der Masurischen Seen stießen wir auf einen kleinen altheidnischen Friedhof. Die hier gemachten Funde waren zwar nicht sehr bedeutend, doch fehlte es auch an Zeit, sich wissenschaftlichen Betrachtungen und Nachforschungen hinzugeben. Einige kleinere, sehr stark oxidierte Kupfer- und Bronzeringe, sowie Kettenteile, die augenscheinlich als primitiver Schmuck gedient hatten, ein paar kleine Gerätschaften und Gefäße aus Stein und Ton, Holz und Roheisen ließen auf eine Begräbnisstätte schließen. In einem ausgegrabenen Beutelchen aus Schweinsleder steckten neun mit einer dicken Schicht Grünspan überzogene Münzen aus dem 17. Jahrhundert.

Solche kleinen Ereignisse gaben unserer anstrengenden und gleichförmigen Tätigkeit immer wieder Reize, an die wir uns auch in Friedenszeiten gern erinnern werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191605 04-18/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis.

Halle, den 4. Mai 1916.

Talgbeschlagnahme zur Margarinebereitung?

Seit einigen Tagen gibt es bei keinem Fleischer mehr rohen Talg zu kaufen, was zwar für den Augenblick bedauerlich ist, aber auf eine behördliche Anordnung zurückzuführen ist, die eine bessere Zuteilung und Ausnutzung dieses Fettes durchführen soll.

Der Kriegsausschuß für Oele und Fette hat angeordnet, daß bei gewerblichen Schlachtungen von Rindvieh und Schafen in der Gemeinde Halle die Rohfette losgetrennt und vom 27. April 1916 ab die folgenden Innenfette: Darm-, Netz-, Magen-, Brust- und Schlopfette sowie die Abfallfette (die beim Reinigen und Schleimen der Därme gewonnenen Fette), ferner vom 11. Mai 1916 ab auch das Nierenfett ohne Fleischnieren, das Herzbeutelfett und die Fettbrocken, soweit sie sich beim Verkaufe von Fleisch ergeben, an die Dampf-Talgschmelze der Fleischerinnung, Halle (S.) abgeliefert werden. Ueber die Behandlung, Verpackung, Bezeichnung und Versendung der Rohfette durch die Fleischer ist eine Anweisung erschienen, welche in den Geschäftsräumen der Gemeinde eingesehen werden kann.

Die Schmelze ist angewiesen, die Hälfte des aus den ihr gelieferten Rohfetten ausgeschmolzenen und zur menschlichen Ernährung geeigneten Fettes (Feintalges) in die Gemeinde zurückzuliefern. Die Verfügung über den zurückgelieferten Feintalg steht der Gemeindeverwaltung zu. Nach der Gemeindeverwaltung von ihrem Verfügungsrechte Gebrauch, so hat die Schmelze den Feintalg an die von der Gemeindeverwaltung bezeichneten Stellen abzuliefern. Macht die Gemeindeverwaltung von ihrem Verfügungsrechte keinen Gebrauch, so hat die Schmelze die oben erwähnte Hälfte des Feintalges an die Anlieferer der Rohfette, also die Fleischer, im Verhältnis ihrer Anlieferung zurückzuliefern. Ueber den Verkauf dieses Feintalges sind wiederum besondere Vorschriften erlassen. „Bei der Lieferung von Pfunden oder Bruchteilen von Pfunden in Tüten haben die Tüten in deutlich leserlicher Schrift den Aufdruck „Kriegsausschuß-Feintalg" zu enthalten. Feintalg darf an Einzelverbraucher gewerbsmäßig nur in Mengen bis zu 125 Gramm auf einmal abgegeben werden. Vorschriften der Gemeinde über weitergehende Beschränkung der gewerblichen Abgabe von Feintalg bleiben hiervon unberührt."

In welcher Weise der Talgvertrieb hier in Halle geregelt wird, ist noch nicht bekannt. Hoffentlich macht die Stadtverwaltung von dem Rechte Gebrauch, den Vertrieb selbst in die Hand zu nehmen. Damit ist aber erst die eine Hälfte der von den Fleischern abzuliefernden Talgmengen verwendet. Die andere vom Kriegsausschuß für Fette beschlagnahmte Hälfte soll — wie man uns mitteilt — zur Herstellung von Margarine benutzt werden. Danach werden wir hoffentlich bald wieder etwas bessere Margarine bekommen, die dann doch wohl auch durch die Stadt verteilt wird?

Die Ortskrankenkasse für den Saalkreis

hielt am 3. Mai eine Ausschußsitzung ab. Zunächst wurde eine Ehrung des verstorbenen seitherigen Vorsitzenden der Kasse, Dr. Neubauer in Krosigk, vorgenommen. Er hat 28 Jahre die Kasse geleitet. Sodann wurde der Rechnungsabschluß auf das Jahr 1915 vorgetragen. Die durchschnittliche Mitgliederzahl der Kasse sank von 19 362 im Jahre 1914 auf 17 180 im Jahre 1915. Angemeldet wurden im Jahre 1915 zusammen 19 319 Mitglieder, abgemeldet 20 343. Der höchste Mitgliederbestand war am 17. Juni 1915 mit 18 145 zu verzeichnen. Erkrankungsfälle fanden 7316 ohne und 5543 mit Erwerbsunfähigkeit statt. Das ist gegenüber dem Vorjahre auch eine ganz erhebliche verhältnismäßige Abnahme. Wochenhilfe wurde in 473 Fällen gewährt, davon in 177 Fällen vollständig auf Kosten des Reiches. Die mitversicherten Familienangehörigen der Mitglieder erkrankten in 4772 Fällen. Das bedeutet eine Abnahme von 39,08 auf 27,78 pro 1000 Mitglieder gegenüber dem Vorjahr. An Krankengeld für die im Heeresdienst verwundeten oder erkrankten (freiwilligen) Mitglieder wurden 2165 Mk. ausgezahlt. Auf eine Erkrankung mit Arbeitsunfähigkeit entfallen im Durchschnitt 20,69 Unterstützungstage. Die Beitragseinnahme verminderte sich von 588 954 Mk. im Jahre 1914 auf 490 930 Mk. im Jahre 1915 oder pro Mitglied von 30,42 Mk. auf 28,58 Mk. Gleichwohl konnte die Kasse eine Rücklage von 24 882 Mk. machen.

Nachdem das Rechnungswerk richtig gesprochen worden war, wurde über die gänzliche Wiedereinführung aller früheren Mehrleistungen gesprochen. Ein Antrag aus dem Kreise der Versicherten, das Krankengeld für den zweiten und dritten Krankheitstag wieder einzuführen, wurde dem Vorstand zur Beachtung überwiesen. Den Rest der Verhandlungen bildeten kleine geschäftliche Angelegenheiten.

---

* **Unser Markt** ist ja Donnerstags immer nur schwach beschickt, heute war es jedoch geradezu trostlos. Junges Gemüse, Spinat, Rhabarber waren wohl in reichlichen Mengen vorhanden und wurden auch flott gekauft. Spargel war auch im Preise herabgegangen, auf 60 Pf. für das Pfund. Eier, Fische, waren jedoch schon ganz früh ausverkauft. Eier kosteten heute schon das Stück 25 Pf. —

Mehr wie einhalb Pfund wurde überhaupt nicht abgegeben. Der geringe Vorrat war ebenfalls bald ausverkauft.

* **Donnerstag bleibt fleischlos.** Zu der gestrigen Meldung über die Verlegung eines fleischlosen Tages ist eine Richtigstellung nötig. Die kurze, nicht genügend deutliche Verordnung des Regierungspräsidenten ist von sämtlichen Zeitungen mißverstanden worden. Der Donnerstag bleibt dritter fleischloser Tag; dagegen ist der Sonnabend an Stelle des Donnerstags fettloser Tag. — Da die Verordnung diese klare Mitteilung nicht enthielt, sei sie hiermit nachgetragen.

* **Käsepreise.** Amtlich wird darauf hingewiesen, daß in Preußen vom 1. Mai 1916 ab ausländischer Käse dann den inländischen Höchstpreisen unterliegt, wenn er nicht als Auslandskäse in vorgeschriebener Weise kenntlich gemacht ist. Es muß also auch früher eingeführter oder gekaufter Auslandskäse nachträglich mit Etikette, Marke und Papierstreifen versehen werden; andernfalls unterliegt er den Höchstpreisen für Inlandskäse. Für seit dem 20. März eingeführten Käse dürfen im Einzelverkauf an den Verbraucher bis auf weiteres keine höheren Preise gefordert werden, als die folgenden: für Guda und Edamer Käse (halbfett) 2,12 Mk. für das Pfund, dreiviertelfett 2,38 Mk. für das Pfund, vollfett 2,44 Mk. für das Pfund und für Emmentaler 2,40 Mk. für das Pfund.

* **Der Bauausschuß** beschloß, nach der neueren Vorlage des Magistrats die Kanalanlage der Pfarrhäuser am Moritzzwinger mit 1300 Mk. aus dem Stiftsvermögen zu genehmigen. Einem Landerwerb an der Burgstraße 9 von etwa 44 Quadratmeter zu je 35 Mark wurde zugestimmt. Die Aenderung der Abortanlage der Röseristiftung mit einem Kostenbetrag von 3400 Mk. wurde genehmigt. Eine Verbreiterung der Straßenüberführung über die Halberstädter Bahn an der Dessauer Straße wird der Stadt 91 900 Mark kosten. Die Unterhaltung der neuen Brücke, die mit Gelände dem Eisenbahnfiskus übergeben werden muß, wird späterhin vom Eisenbahnfiskus besorgt. Aber den Neubau bezahlt die Stadt, die wegen der großzügigen Erschließung ihres Geländes an der äußeren Dessauer Straße ein Interesse an der Brückenverbreiterung haben soll.

* **Kreistag des Saalkreises.** Auf dem am 27. April 1916 unter dem Vorsitz des Königl. Landrats v. Krosigk im Kreisständehause in Halle stattgehabten Kreistage wurde der Haushaltsvoranschlag der Kreiskommunalkasse für 1916 auf den Betrag von 609 700 Mk. in Einnahme und Ausgabe festgestellt und beschlossen, wie im Vorjahre 80 Prozent Zuschläge zu den sämtlichen Steuern zu erheben. Um die Unterstützungen für die Familien der zum Dienst einberufenen Mannschaften für das Reich vorauslagen zu können, wurde außer der bereits bewilligten Anleihe von 3 000 000 Mk. die Aufnahme einer weiteren Anleihe von 1 500 000 Mk. beschlossen. Dem Vaterländischen Frauenverein für den Saalkreis wurde zur Erwerbung des Grundstücks der Walderholungsstätte in der Dölauer Heide ein unverzinsliches Darlehen von 6000 Mk. gewährt.

* **Ueber die Suche nach vermißten, deutschen Kriegern.** Eine der traurigsten Begleiterscheinungen des furchtbaren Weltkrieges ist es, daß über so viele vermißte Krieger trotz umfassender und vielseitiger Bemühungen gar nichts ermittelt werden kann. Es ist erklärlich, daß das Herzeleid in all den Familien, die davon betroffen sind, groß ist. Jeder einzelne hofft, so lange er nur irgend kann. Es kann deshalb auch nicht wundernehmen, daß so oft unbegründete Gerüchte entstehen über die nach langer Zeit erfolgte Ermittlung kriegsgefangener Krieger, unbegründete Gerüchte, die nur immer neue Hoffnungen erwecken, die sich leider zumeist nicht erfüllen. Die Kriegsgefangenen-Fürsorge des Roten Kreuzes in Halle (S.), Schmeerstraße 12, macht darauf aufmerksam, daß es nach einem in hiesiger Gegend sehr verbreitetem Gerücht der Vermittlungsstelle in Winterthur (Schweiz) gelungen sein soll, einen zu Anfang des Krieges gefangen genommenen deutschen Krieger jetzt in Indien aufzufinden. Dieses Gerücht ist vollständig aus der Luft gegriffen und es hat deshalb gar keinen Zweck, unnütze Zuschriften nach Winterthur zu richten. Die Zahl der dort eintreffenden Zuschriften ist so groß, daß ihre Beantwortung gar nicht mehr möglich ist.

* **Ausstellung Kriegergrabmal und Kriegerdenkmal.** Unter den Photographien von Kriegergräbern aus dem Felde finden wir auch eine Reihe von solchen des Landwehr-Infanterie-Regiments Nr. 36 und des Feld-Artillerie-Regiments Nr. 75. Das große Modell des Friedhofs in Lens zeigt auf der einen Hälfte die Grabstätten der Krieger des 4. Armeekorps mit dem Denkmal für die Kämpfer von der Lorettohöhe. Auf die Auskunftsstelle für die Soldatengräber, die sich in der Ausstellung befindet, ist hier schon kürzlich hingewiesen worden.

* **Bei der jetzigen Seifennot** heißt es auch mit der Seife sparen, und wodurch spart man? Durch Benutzung einer guten Waschmaschine, die die Seife wirklich ausnutzt. Morgen, Freitag, wird im Saal des St. Nikolaus die neueste Handwaschmaschine Stuco vorgeführt. Der Vortragende wird auch einige erprobte Anweisungen zur Streckung der Seife bekanntgeben.

* **Radrennen.** Zu dem am Sonntag, den 7. Mai, hier in Halle stattfindenden Radrennen sind als Dauerfahrer der Sieger des Hallenser 24-Stunden-Rennens Fritz Hoffmann, Otto Pawke und Richard Weise verpflichtet. In dem Fliegerrennen ist der Sieger des Hindenburg-Pokals und der Fernfahrt Berlin—Kottbus—Berlin, Franz Krupkat, ferner Techmer, Kops, Tetzlaff, Duschinsky, Dahnke, Wegern und weitere gewonnen.

* **Der Blitzfahrplan.** Die Firma M. u. R. Zocher in Dresden bringt jetzt die Sommerausgabe des Blitzfahrplanes der Sächs. Staatseisenbahnen heraus, der auch sämtliche Linien des Harzes, Riesengebirges, von Thüringen und Nordböhmen und alle wichtigen Anschlüsse Deutschlands und Oesterreichs umfaßt. Es sind ihm, wie bisher, die zwei Eisenbahnkarten beigegeben, deren Liniennummern mit den Registernummern übereinstimmen, und er enthält ferner den Dampfschiff-Fahrplan, die Postkurse, Kalender 1916 usw. Die Buch- und Papierhandlungen, Bahnhofsbuchhandlungen und Kolporteure verkaufen den Blitz für 40 Pf.

* **Erappt.** Auf der Würfelwiese wurde in vergangener Nacht ein hier wohnhafter Arbeiter hinter einer Promenadenbank liegend angetroffen. Er hielt sich dort auf um Liebespärchen zu belauschen. Der Mann, der kurz zuvor einem Mädchen eine Handtasche mit Inhalt entwendet hatte, wurde festgenommen und abgeführt.

* **Verkehrsstörung.** In der Reilstraße brach ein Rad eines Mineralwasserwagens. Da der Wagen auf die Schienen der Straßenbahn zu liegen kam, wurde der Betrieb auf etwa fünfzehn Minuten unterbrochen.

* **Gefunden.** In der Zeit vom 16. bis 30. April 1916 sind bei der Polizei als gefunden abgegeben oder angemeldet worden: 6 Geldtaschen mit Inhalt, 1 Damenschirm, 1 Kinderhandtäschchen mit Inhalt, 1 Brosche, 1 Notenständer, 1 Herrenuhr, 1 Damenuhr, 1 Brosche mit Soldatenbild, 1 Damen-Haarkamm und mehrere Schlüssel. Die unbekannten Eigentümer der Gegenstände werden aufgefordert, ihre Rechte im Polizeiverwaltungs-Bureau, Dreyhauptstraße 6, Zimmer 100, geltend zu machen.

* **Eigentümer gesucht.** Am 14. April versuchten zwei dreizehnjährige Schulknaben ein Schurzfell zu veräußern, das vermutlich aus einem Diebstahl herrührt. Das Schurzfell ist alt und mit zwei Schulterblättern, die am eigentlichen Schurzfell angeschnallt sind, versehen. Das Fell ist geflickt, und zwar mit einem neuen Stück Rindleder, welches 77 Zentimeter lang, oben 35 und 60 Zentimeter breit ist. Wer über die Herkunft dieses Schurzfelles Auskunft geben kann, oder glaubt Eigentumsrecht daran zu haben, kann dasselbe bei der Kriminalpolizei, Dreyhauptstraße 6, Zimmer 40, besichtigen.

* **Feuer.** Gestern gegen Mittag wurde die Feuerwehr nach dem Kornhause am Sophienhafen gerufen, woselbst ein Elevator durch Selbstentzündung in Brand geraten war. Nach fast zweistündiger Tätigkeit konnte die Wehr wieder einrücken.

Aus den Gerichtssälen.

Schöffengericht.

Wichtig für Delikatessenhändler. Eine für Feinkosthandlungen wichtige Entscheidung fällte das Schöffengericht in einer Einspruchssache. Ein Feinkosthändler hatte ein Strafmandat erhalten, weil er aus Oschersleben bezogene Rotwurst über den Höchstpreis verkauft hatte. Es war von ihm ein Preis von 2,80 Mark gefordert worden. Das Pfund kam ihm selbst mit Unkosten 2,30 Mark. Der Einspruch wurde damit begründet, daß die Wurst zwar aus Oschersleben bezogen worden sei, was jedoch als Braunschweiger Gebiet zu betrachten sei. Eine Verordnung der Stadt gestatte zwar nur höhere Preise für Wurst aus Braunschweig, Thüringen usw. zu beziehen. Allgemein gelte aber die Firma in Oschersleben als die bedeutendste Wurstfirma und in Fachkreisen rechne man sie zur sogenannten Braunschweiger Wurst. Das Gericht machte den Feinkosthändler darauf aufmerksam, daß selbst, wenn das Gericht die erwähnte Bestimmung über den Bezugsort weit auslege, vielleicht ein wucherischer Verdienst in Frage käme. Denn 50 Pfg. am Pfund sei doch zu viel. Ein Sachverständiger erklärte, daß die Oschersleber Firma als erstklassig gelte. Seiner Auffassung nach sei jedoch der Preis der Wurst ein zu hoher. Jetzt dürfte kein so hoher Prozentsatz Gewinn verbleiben. Das Gericht prüfte die Frage der wucherischen Bereicherung nicht weiter, da es zu der Auffassung gelangte, daß Oschersleben nicht unter die Ausnahmebestimmungen falle. Es solle gerade erreicht werden, daß im hiesigen Kreise die Preise auf niedriger Höhe gehalten würden.

Strafkammer.

Der blinde Fahrgast. Der 16jährige Arbeiter Fr. ist schon häufig wegen Betrugs vorbestraft. Als er seine letzte Strafe verbüßt hatte, verschaffte ihm der Gefängnisverein eine Stelle in Ammendorf und gab ihm das Geld zu einer Fahrkarte. Fr. fuhr aber bis nach Gotha auf die bis nach Ammendorf gelöste Karte. Hier wurde er erwischt. Weil er dem Fiskus betrogen hatte und sich im Rückfall befindet, wurde er jetzt zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Stadt-Theater.

Robert und Bertram, Posse von Gustav Raeder. Sonder-Vorstellung zum Besten der Wohlfahrtskassen der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger und des Deutschen Bühnenvereins. Die Wege zur Unsterblichkeit sind wunderbar: einer zündet einen Tempel an; ein anderer macht eine Dummheit, die zum Sprichwort wird; und die brave Null G. Raeder lebt unentwegt fort in dieser zähesten aller Possen, die wir als Kind sahen, und die unsere Urenkel sicherlich in einer glänzenden Neueinstuderung im Jahre 2016 noch genießen werden. Wie das Gaunertum auf der Welt, so scheint auch diese Gaunerposse nicht umzubringen zu sein. In was für Aufmachungen hat man sie im Laufe der Jahre nicht schon gesehen. Einmal im Zirkus als große Luft- und Wasserpantomime, dann wieder als raffinierten Darstellerscherz auf der ersten Bühne Deutschlands mit Kainz, Reicher, Ritter in den Hauptrollen usw. Ihre Wirkung hat sie in jeder Form geübt, und so tat sie es auch gestern wieder. Das Publikum war mit Begeisterung bei der Sache, und so schließen wir, daß es nicht unsere Schuld war, wenn uns die Spitzbuben-Odyssee nicht mehr das herzhafte Lachen von ehedem abndtigte. Immerhin, die Anerkennung, daß auf der Bühne alles getan wurde, was geeignet schien, den alten Zauber der Posse erneut zu beschwören, muß rückhaltlos Ausdruck verliehen werden. Es gab Blitz und Donner und Regen und ausgestopfte Pferde und Pistolenschüsse die schwere Menge, ein Volksfest mit Kaiserlitheater und Luftballon und mitwirkende Opernkräfte (Dina Mahlendorff, Karl Strüß, Fritz Kerzmann, Kapellmeister Ohl und Amelie Peters), mein Liebchen, was willst du noch mehr? Und vor allen Dingen gab es ein paar Spitzbuben; ein paar Spitzbuben!! Adalbert Lieban der eine, Paul Förster der andere; jener klein, galgenvogelhaft vergnügt; der andere lang, spiralig, vergleichsweise elegant, den Kavalier kaum verleugnend, jeder Zoll ein Spitzbube! Dazu noch August Roesler als bärbeißigen Strambach, Marg. Dorp als flottes Schenkmädel, Kurt Wilcke als tölpelhafter Michel, und nicht zu vergessen die illustre jüdische Tafelrunde im Hause Zippelmeyer, aus der Hans Friedrichs Bankier Zippelmeyer, Dora Dedickes nicht zu umpfannende Kommerzienrätin und Trude Tandars hübsche und gut akzentuierte Isidora hervorragten. Kurz, es war alles da, was den Erfolg besiegeln mußte. So gab es denn stürmischen Beifall. Und G. Raeders Unsterblichkeit ist wieder einmal außer allem Zweifel. -eh.

Verschärfung der Zensur.

Alle Klagen über die Handhabung der Zensur, wie sie von allen Parteien im Reichstage und anderen Stellen vorgebracht wurden, sind ergebnislos geblieben, ja es scheint, als sollte die Zensur noch verschärft werden. Ein Beispiel dafür bietet eine Verfügung, die unserem Waldenburger Parteiblatt, der Schlesischen Bergwacht zugegangen ist und in der angeordnet wird, daß die Redaktion in Zukunft sämtliches Manuskript vor dem Satz der Zensur vorzulegen hat. Da die Druckerei der Schlesischen Bergwacht nicht in Waldenburg selbst ist, sondern abseits in einem kleinen Orte des Kreises, Neu-Salzbrunn, liegt und infolge dieses Umstandes große Schwierigkeiten in der Postzustellung bestehen, so kommt diese Anordnung, falls sie nicht wieder rückgängig gemacht wird, einem dauernden Verbot der Zeitung gleich. Die Redaktion hat sofort gegen diese Verfügung Beschwerde eingelegt; es ist ihr gelungen, durch Vermittlung der örtlichen Zensurstelle bis nach Austrag der Sache die Befolgung der Verfügung hinauszuschieben. Daß die Zeitung durch ihre Haltung (Anhängerin der Mehrheitspolitik) nicht die geringste Ursache zu dieser Anordnung gegeben hat, macht die Maßregel noch unverständlicher.

Allerlei.

Ihr Dienstmädchen zu Tode mißhandelt!

Das Schwurgericht des Landgerichts Berlin I verurteilte gestern nach vierstündiger Verhandlung die Frau Klara Koh, geborene Rosa, wegen vorsätzlicher Körperverletzung ihres 17jährigen Dienstmädchens mittels gefährlicher Werkzeuge unter Versagung mildernder Umstände zu drei Jahren Gefängnis, wovon sechs Monate auf die Untersuchungshaft angerechnet wurden. Das Dienstmädchen, ein ostpreußischer Flüchtling, ist infolge der Mißhandlung gestorben.

Das schändliche Verbrechen dieses Scheusals in Frauengestalt beschäftigte vor Wochen bereits eine Berliner Strafkammer. Dieses Gericht erklärte sich jedoch in der Sache nicht zuständig und überwies den Fall an das Schwurgericht. Die Anklage beschuldigte die Koh, das 17jährige Dienstmädchen in grausamer und das Leben gefährdeter Weise mit Brennscheren, Stöcken, einem Staubwedel, Stiefelabsätzen mißhandelt und deren Tod durch diese Mißhandlungen verursacht zu haben. Die Angeklagte leugnete natürlich die schweren Mißhandlungen, das Gericht überführte sie aber ihrer scheußlichen Taten und verurteilte sie zu der oben angegebenen Gefängnisstrafe.

Ein Wucherernest ausgehoben!

Auf Grund der Beschlüsse des schweizerischen Bundesrates gegen den Lebensmittelwucher wurde nach den M. N. N. in Genf ein Spekulationsnest ausgehoben, dessen geschäftliche Verzweigungen über die ganze Schweiz reichten. Es wurden ungeheure Mengen Lebensmittel beschlagnahmt, so fast 2 Millionen Kilo Reis, über 100 000 Kilo Schokolade, ferner Kaffee, Olivenöl, kondensierte Milch usw. An den Grenzstationen werden jetzt auch auf Schweizer Seite körperliche Durchsuchungen zur Verhinderung des Lebensmittelschmuggels vorgenommen.

Riesenunterschlagungen in Rußland. In der Stadtkasse von Kiew ist eine Riesendefraudation entdeckt worden. Es fehlen nicht weniger als 11 500 000 Rubel. Eine ganze Reihe von Persönlichkeiten höheren Ranges ist verhaftet worden. Der Bürgermeister Dikoff ist schon gleich beim Ausbruch des Skandals zurückgetreten. Ob er mitschuldig ist, ist noch unbekannt.

Der Serajewer Hauptattentäter im Sterben. Der Esti Ilzag meldet, daß der Mörder des österreichischen Thronfolgerpaares, Gavrillo Princip, bei dem sich schon seit längerer Zeit Spuren von Lungentuberkulose und religiösem Verfolgungswahnsinn zeigten, im Sterben liegt. Princip ist 20 Jahre alt; er wurde wegen seines jugendlichen Alters seinerzeit nicht zum Tode verurteilt.

Der erste weibliche Fleischergeselle in Sachsen. Die Tochter des Fleischermeisters Max Kadner in Pappendorf in Sachsen, die bei ihrem Vater in die Lehre getreten war, hat jetzt vor der Fleischerinnung in Hainichen, wie deren Prüfungsmeister bekanntgibt, die Gesellenprüfung, die erste im Königreich Sachsen, als weiblicher Fleischergeselle abgelegt. Das Gesellenstück bestand im Schlachten eines Kalbes.

Arbeiter-Sekretariat, Halle (Saale).

Im Hause der Gewerkschaften, Harz 42/44, Zimmer 5 bis 7.

Sprechstunden nur wochentags von 11—1 Uhr und abends von 5—8 Uhr. Sonnabend nachmittags und Sonntags geschlossen.

Sprechstunde der Redaktion von 12 bis 1 Uhr.

Verantwortlich für: Politik und Parteinachrichten Paul Sennig; Unterhaltungsbeilage, Gewerkschaftliches und Allerlei Karl Boe; Halle und Saalkreis und Aus der Provinz Wilhelm Koenen; Anzeigen Wilhelm Herzig; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219160504-18/fragment/page=0006